

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 80 Pfennig, jährlich 3 Mark 40 Pfennig.

Der „Vorwärts“ mit der „Mittwochsonntagsbeilage „Rolf und Feit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kämmerle“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Berater“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags stumm.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 15. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 80 Zeilen. ... Die einseitige Spaltenbreite 80 Zeilen. ...

Werbungen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Vorwärts-Verlag, abgegeben werden.

Curtius gescheitert.

Das Zentrum will wieder eine Regierung der Mitte.

Amlich wurde gestern abend nach 8 Uhr gemeldet: Reichsminister Dr. Curtius berichtete heute abend dem Herrn Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumskolonnen an ihn erhaltene Lage...

Das in der amtlichen Meldung erwähnte Schreiben ist das Ergebnis einer Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums, die um 3 Uhr begonnen hatte und nach etwa einer Stunde schon beendet war.

Sehr verehrter Herr Minister! Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar d. J.

Daselbe ist Gegenstand eingehender Würdigung gewesen. Aus diesem Schreiben haben wir ersehen, daß Sie, Herr Minister, lediglich die Aufgabe übernommen haben, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Koalition zu führen.

Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unterliegt die von Ihnen beabsichtigte Regierungsbildung für uns nach wie vor den schwersten Bedenken, die Ihnen von unseren Beauftragten und auch namens vieler Herren Parteivorstehenden Dr. Marx dem Herrn Reichstagsminister Dr. Stresemann dargelegt worden sind.

Wir können uns daher von einer Fortführung Ihrer Verhandlungen auf der Grundlage Ihres Schreibens vom 14. Januar keine Erfolge versprechen.

von Guérard, stellvertretender Vorsitzender der Zentrumskolonnen des Reichstags.

Kurz vor der Fraktionsitzung hatten die Zentrumsführer n. Guérard und Stegerwald eine Besprechung mit Curtius, der am Vormittag mit Bestorp, Wallraf, Treviranus und v. Lindener-Bildau verhandelt hatte.

Bedauerlich ist, daß die Verhandlungen, die mit den Deutschnationalen geführt wurden, geheimgehalten werden. Die Welt wäre begierig, zu erfahren, wieviel Kilogramm Prinzipien die Deutschnationalen zu opfern bereit waren.

Es ist hier schon oft gesagt worden, daß uns das Vorbild der Deutschnationalen keineswegs zur Nachahmung reizt. Wir können auch nicht glauben, daß die Deutschnationalen durch das Bild, das sie bieten, Begeisterung bei ihren Wählern erwecken können.

Run erklärt das Zentrum: „Wir halten den Versuch zur Bildung einer Regierung der Mitte nach Lage der Dinge für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise.“

Eine Regierung der Mitte ist eine Minderheitsregierung. Sie kann sich auch nicht durch Auflösung des Reichstags und durch Neuwahlen in eine Mehrheitsregierung verwandeln.

Auch die Minderheitsregierung der Mitte braucht eine Mehrheit, sei es eine Mehrheit von Fall zu Fall, sei es eine feste Mehrheit nach rechts oder nach links.

Für die Deutschnationale Partei ist ihre persönliche Beteiligung an der Regierung das Entscheidende. Sachliche Wünsche kommen erst hinterher.

Wenn die Deutschnationalen ihre Taktik nicht ändern — und es liegen keine Anzeichen vor, daß sie das tun wollen — dann werden sie eine neue Regierung der Mitte schon darum bekämpfen, weil sie ihr nicht angehören.

Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Selbst wenn sich die Sozialdemokratie dazu entschließen könnte, ein neues Minderheitskabinett zu tolerieren, müßte sie diesen Entschluß von der Zustimmung dieses Kabinetts und von seinem Programm abhängig machen.

Einstweilen hat sich die Krise nur im Kreise gedreht. Die Mitte kann sich nicht entschließen, rechts oder links festen Anschluß zu suchen.

nung diese Regierung der Mitte beschaffen sein muß, wenn sie nicht alsbald wieder das Schicksal erfahren soll, das die Regierung Marx am 17. Dezember v. J. ereilt hat.

Curtius' letzte Verhandlungen.

Über die letzten Verhandlungen des Herrn Curtius wird bekannt, daß dieser an das Zentrum ein Schreiben richtete, in dem er versicherte, die Erklärungen der Deutschnationalen gäben nach seiner Auffassung die Grundlage zu weiteren Verhandlungen über die Bildung einer Rechtsregierung.

Das Zentrum konnte sich jedoch, wie aus den oben wiedergegebenen Meldungen schon hervorgeht, der Auffassung des Herrn Curtius nicht anschließen.

Ob der Reichspräsident den an Curtius und damit indirekt an ihn selbst gerichteten Rat, es mit einer neuen Regierung der Mitte zu versuchen, befolgen wird, ist zur Stunde noch unbekannt.

Am 19. Januar Reichstag.

Der Vorkonferenzrat des Reichstags hielt heute nachmittag eine Sitzung, um sich über den Termin für den Wiederantritt des Plenums zu verständigen.

Besetzung ganz Nicaraguas.

Protestkundgebungen in Mexiko.

New York, 14. Januar. (IIL) Die Washingtoner Regierung hat angeordnet, daß die amerikanischen Truppen jede einermachen bedeutende Ortschaft auch im Innern Nicaraguas besetzen.

In Washingtoner diplomatischen Kreisen wird erklärt, daß Amerika nicht ohne weiteres den Vermittlungsvorschlag Costaricas, der allerdings offiziell noch nicht gemacht worden ist, zurückweisen werde.

In ganz Mexiko finden zahlreiche Protestkundgebungen gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten statt. Der vierte mexikanische Studentenkongreß erklärte in einer scharfen Resolution, daß ganz Latein-Amerika der brutalen Gewalt der Washingtoner imperialistischen Regierung gegenüberstehe.

Die amerikanische Presse veröffentlicht weiter Greuelmeldungen aus Mexiko. So sollen in der Nähe von Mexiko wieder 16 Rebellen aufgehängt worden sein.

Eine argentinische Stimme gegen Amerikanisches Imperialismus.

Buenos Aires, 14. Januar. (WZ.) Die Zeitung „La Nacion“ schreibt zu der Lage in Mexiko und Nicaragua: Das Prestige der Vereinigten Staaten von Amerika hat in erheblichem Maße gelitten, weil es der amerikanischen Regierung nicht gelungen ist, die offenbar gerechtfertigten Befürchtungen über ihre imperialistischen Pläne zu zerstreuen.

„New York Times“ und „World“ gegen Coolidge-Kellogg.

New York, 14. Januar. (WZ.) Heute sollen hier 20 000 Abdrücke der sich gegen eine Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko und Nicaragua wendenden Beitragsblätter der „New York Times“ und der „New York World“ verteilt werden.

Arbeiterheimkehr nach Ungarn.

In Frankreich entlassen — daheim interniert!

Budapest, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Wirtschaftskrise in Frankreich hat zur Entlassung der vielen ausländischen Arbeiter geführt, die die große Konjunktur der Geldentwertungsjahre nach Frankreich gebracht hat.

Als die erste Kunde von der Rückwanderung ankam, wurde beschlossen, daß die ganze Aktion in die Hände des Polizeiministeriums gelegt werde. Der Unterstaatssekretär J. J. K. K., Radolfs Nachfolger, wurde mit der Leitung der Rückwanderungsaktion betraut.

dem Transport entgegenzureisen und die nötige Auswahl unter den Arbeitern zu treffen. Als offizielle Ausrede muß die in Westeuropa herrschende Grippe herhalten, aber natürlich ist die Seuche, die da aus Frankreich eingeschleppt werden konnte und in sorgfältiger Untersuchung und Ueberwachung abgewehrt werden muß, ein höchst freies oder gar republikanisches und sozialistisches Dementi!

Volkspartei im Zentrums-Spiegel. Vertreterin der Kapitalinteressen.

In ihrem gestrigen Abendblatt, noch vor der Sitzung der Zentrumsfraktion, legte die „Germania“ die Gründe auseinander, die Herrn Curtius für das Zentrum zu einem unmöglichen Kandidaten machen. Hier sind sie:

Die Hemmungen sind rein politischer, ganz besonders aber sozialpolitischer Natur. Das Zentrum kann nicht über die Lasten hinwegsehen, daß Dr. Curtius Repräsentant einer Partei ist, die gemeinhin als Vertreterin der Kapitalinteressen angesehen wird und daß seine Fraktion bei der Abstimmung über das letzte bedeutende sozialpolitische Gesetz, nämlich das Arbeitsgerichtsgesetz, nur zu einem geringen Bruchteil, unter dem Herr Curtius selbst sich nicht befand, dafür gestimmt hat, während eine erheblich größere Zahl volksparteilicher Stimmen gegen das Gesetz abgegeben worden sind. In einer Zeit, die ganz unter dem Zeichen der sozialpolitischen Gesetzgebung steht, fällt es dem Zentrum, unter dessen Anhängern die christliche Arbeiterschaft eine so wesentliche Rolle spielt, schwer, die Führung der Reichsregierung einem Exponenten des wirtschaftlichen und auch des weltanschaulichen Liberalismus anzuvertrauen.

Zum Schluß proklamiert die „Germania“, den Fraktionsbeschluss vorwegnehmend, „die Einigkeit und die geschlossene Zusammenarbeit zwischen den Parteien der Mitte“. Aber die Einigkeit zwischen der christlichen Arbeiterschaft und den Vertretern der Kapitalinteressen wird mehr und mehr eine schwerere Sache. Die Mitte steht auf wackeligen Füßen — und ist nicht einmal ein Koloss.

Polizei und Wehrverbände.

Ein notwendiger, aber verspäteter Erlaß der Reichsregierung.

Als im Mai vorigen Jahres das Berliner Polizeipräsidium gegen militärische Wehrverbände und ihnen nahestehende Persönlichkeiten scharf vorging, tobte die reaktionäre Presse. Erst jetzt führt sich die Reichsregierung veranlaßt, in einem Rundschreiben auf die Ungeheuerlichkeiten der Wehrverbände hinzuweisen und die Landesregierungen zu bitten, in allen Fällen, wo Nachrichten über militärische Tätigkeit der Verbände ausfließen, mit Nachdruck alle zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Schritte zu tun und insbesondere unverzüglich die notwendigen polizeilichen Ermittlungen anstellen zu lassen. Diplomatisch macht der Reichsinnenminister darauf aufmerksam, daß an sich zwar Gefährdungen, Ausflüge, Schießen mit nichtmilitärischen Waffen nicht ohne weiteres Übungen militärischer Art sind, daß sie aber zu solchen werden können, wenn sie nicht lediglich sportlichen Zwecken, sondern militärischer Ausbildung dienen. Wenn Verbände sportliche Betätigung lediglich zum Vorwand nehmen, um militärische Übungen zu betreiben, so befallen sie sich im Widerspruch zu dem Artikel 177 des Vertrages von Versailles mit militärischen Dingen und fallen daher unter das Gesetz vom 22. März 1921. Maßgebend für die Frage, ob ein Verein entgegen diesem Gesetz sich mit militärischen Dingen befaßt, ist nicht so sehr seine Satzung, als vielmehr seine tatsächliche Betätigung. Dies ergibt sich schon aus dem Wortlaut des Gesetzes selbst, das die Auflösung solcher Vereinigungen vorschreibt, aus deren Satzung oder aus deren Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177 und 178 des Vertrages von Versailles steht.

Ergeben die polizeilichen Ermittlungen, daß ein Verstoß gegen das Gesetz vom 22. März 1921 vorliegt, so sind die Vereinigungen aufzulösen. Ergeben die Ermittlungen immerhin einen Verdacht nach dieser Richtung, so ist der betreffende Verband unter Hinweis auf die genannten gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich zu warnen.

Wenn ein Verband zwar im ganzen sich im Rahmen des Gesetzes hält, aber einzelne Ortsgruppen sich mit ihm in

Widerspruch setzen, so unterliegen die betreffenden Ortsgruppen der Auflösung.

Der preussische Minister des Innern Grzesinski hat Abschrift dieses Erlasses des Reichsministers an die ihm unterstellten Behörden gesandt mit dem Ersuchen, die fraglichen Organisationen in nachdrücklichster Weise erneut anzuhaltend, in ihrer Betätigung künftig auch jeden Anschein und Verdacht militärischer oder militärähnlicher Übungen zu vermeiden. Im Falle der Zuwiderhandlung wird der Minister durch Auflösung der betroffenen Vereinigungen unmissverständlich einschreiten.

Der Minister ersucht, die in Frage kommenden Verbände und Vereinigungen hierauf besonders hinzuweisen und ihm bei Verstößen gegen die bestehenden Bestimmungen umgehend zu berichten.

Die Krise der Justiz.

Gegen die Herabsetzung sozialdemokratischer Richter.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums im Ausschuss für den Reichshaushalt führte der Berichtsteller Dr. Rosenberg (Komm.) aus, daß es zweckmäßiger wäre, das Reichspatentamt dem Wirtschaftsministerium anzugliedern und daß bei der neuen Regierungsorganisation die Personalunion des Reichsjustizministers mit der des Ministers für die besetzten Gebiete beibehalten werden müsse. Dann könnte auch der Posten des Staatssekretärs, der für ein so kleines Ministerium gar nicht nötig sei, in Fortfall kommen und das sei um so mehr geboten, als der gegenwärtige Träger dieses Postens, Staatssekretär Joël, einer der reaktionärsten Beamten in der Reichsverwaltung sei. Die Genossen Dr. Rosenfeld und Dr. Vogt erklärten namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese gegen die Streichung des Postens des Staatssekretärs sei, daß sie aber das Urteil des Vorredners über die Person des Staatssekretärs Joël bei aller Anerkennung seiner juristischen Fähigkeiten, in vollstem Umfang unterstreichen müssen. Man brauche nur zu erinnern an die Haltung von Herrn Joël in den Fällen Wandi und Bulfer-Jahn, an seine feige, schroffe Ablehnung aller Wünsche auf Amnestien und Gnadenersätze, sowie an die Kennzeichnung, die Herr Joël selbst in der demokratischen Presse gefunden habe. Die Person des Herrn Joël sei von der „Justizkrise“ nicht zu trennen.

Der anwesende geschäftsführende Reichsjustizminister Dr. Bell trat diesen Angriffen in wiederholter Rede entgegen und wurde darin unterstützt von den bürgerlichen Abg. Dr. Kahl (Dnat. Vp.), Dr. Schulte (Zentr.) und Frau Dr. Häders (Dem.). Der kommunistische Antrag auf Streichung des Postens für den Staatssekretär wurde abgelehnt.

Bei der Etatsposition, die den Beitrag des Deutschen Reiches an das in Bern errichtete Internationale Bureau zur Schutze von Werken der Literatur und Künste betrifft, ließ das Reichsjustizministerium erklären, daß die Reichsregierung in der Frage einer Verlängerung der Schutzdauer seit längerem mit den Kreisen der Interessenten und Sachverständigen in Verbindung stehe, um sie zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Wichtigste Verhandlungen liegen noch nicht vor. Genosse Müller-Franken spricht sich scharf gegen eine Verlängerung der Schutzfrist aus. Dreißig Jahre genügen voll und ganz, selbst wenn man sich ganz auf den privatrechtlichen Standpunkt stelle.

Beim Kapitel „Reichsgericht“ polemisierte Genosse Dr. Rosenfeld scharf gegen die Rede, die der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons am 9. November 1926 gehalten habe. Simons hat in seiner Rede die schärfsten Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet. Es sei unerlässlich, wie der höchste Richter des Reichsgerichts zu dem Schluß kommen könne, daß der sozialdemokratische Richter nicht zu gebrauchen sei, weil die sozialdemokratische Partei auf der Theorie des Klassenkampfes aufgebaut sei. Mit Recht sei selbst in der bürgerlichen Presse darauf hingewiesen worden, daß gerade der Klassenkampf das schärfste Element des sozialen Auftriebs gewesen sei. Dr. Simons habe doch sein Amt als höchster Richter der deutschen Republik zwei Sozialdemokraten, dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichsjustizminister Radbruch zu verdanken. Nirgends hatte ein

sozialdemokratischer Richter ein Urteil gefällt, das den Interessen der Mehrheit des Volkes erregt habe. Es sei vielmehr erwiesen, daß die sozialdemokratischen Richter stets gewissenhaft und pflichttreu ihr Amt erfüllten. Dr. Simons möge sich lieber um die Standards des Vorgangs im Reichsgericht in Leipzig selbst kümmern. Es sei dort gebräuchlich, daß die Untersuchungsgefängnisse dort sechs oder neun oder gar zwölf Monate in die Länge gezogen werde. Das geschehe insbesondere durch den in dieser Hinsicht bekannten Landgerichtsdirektor Vogt. Für die einfachen Fälle müßte der Angeklagte neun und mehr Monate in Untersuchungsgefängnissen. Dies sei kein Sonderfall, sondern der Regelfall.

Reichsjustizminister Dr. Bell erwiderte, daß die Rede des Reichsgerichtspräsidenten keine Amtshandlung gewesen sei, sondern eine private Meinungsäußerung, zu der er nach der Verfassung wie jeder Staatsbürger das Recht habe. Auf die Frage des Vorredners, wie er, der Reichsjustizminister, sich zur Qualifikation der sozialdemokratischen Richter stelle, wolle er als Reichsjustizminister antworten, daß niemandem die Qualifikation zum Richteramt abgesprochen werden könne und dürfe, nur um deswillen, weil er zur sozialdemokratischen Partei gehöre.

Am Schluß der Aussprache über das Reichsgericht wurde eine Entschließung der Genossen Müller-Franken und Dr. Rosenfeld angenommen, die die Vorlage einer statistischen Uebersicht darüber wünscht, an wie viele Personen und welche Beträge seit dem 1. Januar 1924 als Entschädigungen für unschuldige erlittene Haft gezahlt worden sind und wie lange diese Haft bei den einzelnen Personen gedauert hat. Reichsjustizminister Dr. Bell sagte zu, die gewünschte statistische Uebersicht so schnell als möglich dem Reichstag vorzulegen.

Altsozialisten im Bürgerblock.

Zumultigen im Dresdener Stadthaus.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Die erste Sitzung des neuen Dresdener Stadtverordnetenkollegiums endete am Donnerstag mit einem großen Tumult. In dem Kollegium stehen 36 bürgerliche Stadtverordnete 26 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten gegenüber, außerdem gehören ihm zwei Altsozialisten an. Bei der Wahl des Präsidiums wurde der Sozialdemokrat Distlich mit 60 Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde ein Deutschnationaler. Auf den Posten des dritten Vorsitzenden hatten nach der Fraktionsstärke die Kommunisten Anspruch. Die zwei Altsozialisten hatten sich aber mit den Bürgerlichen zu einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Mehrheit wählte als dritten Vorsitzenden einen Volksparteiler, nachdem die Altsozialisten erklärt hatten, daß sie keinem Kommunisten die Stimme geben würden. Da die Wahlgemeinschaft außerdem von den vier Beisitzern drei für sich in Anspruch nahm und nur einen der Sozialdemokraten überlassen sollte, wodurch die Linke von vornherein in die Minderheit geriet, legte der neugewählte Vorsteher im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion unter dem Beifall der Tribünenbesucher sein Amt nieder.

Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium haben die Altsozialisten also bereits in der ersten Sitzung ein offenes Bündnis mit den Deutschnationalen gegen die proletarische Linke abgeschlossen.

Die Wahlbidungsschrift gegen die Magdeburger Richter Hoffmann und Kölling umfaßt 153 Seiten und hält sämtliche Anschuldigungspunkte, die bei der Besprechung des Volkes Haas im Landtag vom Justizminister mitgeteilt worden sind, aufzählt.

Die Preussische Landesgrenzpolizei wird vom 1. Februar ab mit den Bundeskriminalpolizeistellen verschmolzen. Die leitenden Grenzkommissariate bei den Regierungspräsidenten werden aufgelöst. Die Grenzkommissariate und die Grenzdienststellen sind vom 1. Februar ab zugleich Stützpunkte der Bundeskriminalpolizeistellen und führen die Bezeichnung „Kriminal- und Grenzkommissariat“.

Der tschechoslowakische Botschafter in Berlin, Prof. Dr. Kravica, soll Vertreter des Außenministers und durch Dr. Chvalkovsky, bisher Botschafter in Warschau, ersetzt werden.

Die unsichtbare Armee.

Von Max Barthel.

Im vergangenen Jahr reiste ich sechs Monate kreuz und quer durch Deutschland und kam in einigen Städten auch mit den sogenannten Tuppelbrüdern zusammen.

Die wirtschaftliche Not hat in den Städten furchtbar gehaust. Ihre Schläge trafen nicht mehr hauptsächlich bloß die Arbeiter und Handwerker, jetzt streifen sie auch die freien Berufe, und unter den Kunden, die ich kennenlernte, waren auch Kaufleute, Buchhändler, vertriebene Studenten, Russen und einige Lehrer.

Auf der Landstraße nach Lauenburg begegneten uns über ein Dutzend Kunden. Unter ihnen waren einige noch sehr gut angezogen, viele waren aber zerlumpt, und Hunger hatten sie alle. Sie kamen von Hamburg und wollten nach Berlin. Die Straße, die sie marschieren, war die Hauptverkehrsstraße in Deutschland, die große Hungerstraße, die jeden Tag von vielen tausend Tuppelbrüdern überlaufen wird.

In Hamburg nun, in der Nähe des Hauptbahnhofs, sah ich wieder die Vorposten jener unsichtbaren Armee, die durch die Städte und über die Landstraßen läuft. In der fahrbaren Küche einer philanthropischen Mission sammelte sich eine zerlumpte Schar junger und alter Bettler. Sie kamen aus den schmutzigen Herbergen der Reusstadt und aus den Kaschemmen von St. Pauli, sie tauchten auf aus der ganzen Hoffnungslosigkeit eines verfallenen Daseins. Man sah die Männer aus allen deutschen Landschaften, aus Bayern und Baden, Sachsen und Hessen, aus dem Rheinland und aus Ostpreußen. Hamburg war wohl ein Tor zur Welt, aber nicht für sie. Für sie waren Hamburg und auch Berlin nur Tore zur Unterwelt. Vielleicht sollte das ein Trost sein, die Inschrift nämlich, die man in einer Hamburger Kaschemme lesen konnte:

Ihr armen Bogabunden hier auf Erden,

Im Himmel sollt ihr Bürgermeister werden.

Aber sie lebten in keinem Himmel, sie lebten auf der nackten, brutalen Erde, und so stellten sie sich jeden Tag an der philanthropischen Küche um einen Teller warme Suppe an.

Die zwei Pennen in Cuxhaven waren überfüllt. Nach Cuxhaven kommt man, wenn es in Bremen keine Arbeit gibt und die Hoffnung auf Hamburg noch nicht verloren ist. Aber man kommt auch nach Cuxhaven, wenn man in Hamburg alle Hoffnung verloren hat und alle Wünsche auf Bremen setzt. In Cuxhaven nun gab es auch manchmal Arbeit, Arbeit an Fischkuttern, die mit neuen Tümpeln von ihren Hochseereisen zurückgekehrt waren. Diese Arbeit war eigentlich ein Verlust, denn der einzige Anzug wurde durch die Fische verfault, und es war mehr als ein Opfer, wenn sich trotzdem einige Kunden fanden, um an den frühen, kalten Morgen zu arbeiten. Sie hungerten einfach nach der Arbeit wie nach einer

Frau und waren glücklich, wenn sie sich selbst und ihr kümmerliches Leben durch die Arbeit an den Fischkuttern bejahen konnten.

Auch in Dresden und Köln traf ich die Vorposten der unsichtbaren Armee, und im Schloßpark von Donaueschingen, an der Quelle der Donau, stieß ich auf einen Trupp junger Leute, die aus den Städten vertrieben waren und die, weil sie jung waren, nach den sommerlichen Landschaften des Südens aufbrachen, nach den Abenteuern der Berge und Ströme. Nach einer ungenauen, schätzungsweise Berechnung wanderten im vergangenen Jahr gegen 300 000 Menschen auf den deutschen Landstraßen. Das sind die männlichen Einwohner einer Millionenstadt!

Das Leben auf der Landstraße ist ein ewiger Kampf um den Bissen Brot, ist Kampf mit dem Bauern, Kampf mit dem Krauer, Kampf mit dem Polizisten, Kampf auch untereinander und gegeneinander, Kampf um Arbeit, und wenn sie auch nichts ist, als nackte Ausbeutung, Kampf, ewiger, aufreibender Kampf, um das arme Leben zu fristen.

Die dunkle Tiefe des Landstraßenlebens wurde vor einiger Zeit durch das Eisenbahnattentat von Leisefde furchtbar enthüllt, und die beiden Figuren, deren Schuld die Schuld der Gesellschaft ist, die grausam opfert, um dann diese Opfer pathetisch zu richten und anzuklagen, diese zwei halboberhungerten Menschen, um deren Köpfe jetzt nach das Spiel geht, haben mit zuckenden Händen auch die letzten Schreier zerlegt, die um die Romantik der heutigen Landstraße wehen.

Gegen 300 000 Menschen sind Tag für Tag unterwegs, eine graue, zerlumpte Armee, die in den Spalten und Ängeln der Großstädte lauert und lauert oder über die einsamen Landstraßen wandert. Die Armee der Ausgestoßenen marschieren durch Deutschland. Sie muß sich um jeden Bissen Brot duden und demütigen, sie wird verjagt und geht und für rechtlos erklärt. Ja, und jeder sollte Mensch darf vor ihren verhungerten Gesichtern die militärisch geöffnete Tür mit einem kräftigen Fuß zuschlagen.

Die Dichterkademie für Verlängerung der Schutzfrist. Die Preussische Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst, betrachtet es angefaßt der schwebenden Erörterung als ihre Pflicht, für die Verlängerung der Schutzfrist geistigen Eigentums von dreißig auf fünfzig Jahre nachdrücklich einzutreten. Sie begründet ihre Stellungnahme damit:

„Die fünfzigjährige Schutzfrist ist sowohl von der revidierten Berner Uebereinkunft vorgegeben, wie von der überwiegenden Mehrheit der europäischen Staaten bereits gesetzlich eingeführt. Sie wird daher in Deutschland schon durch die Rücksicht auf Vereinheitlichung des Urheberrechts und die nur durch diese zu erzielende Rechtssicherheit im geistigen Austausch der Völker gefordert. Die Gegner der Verlängerung weisen hauptsächlich darauf hin, daß diese die Verbilligung der Werke für das Volk hinauszieht. Erfahrungsgemäß aber hindert der Urheberanteil die Verbilligung so gut wie gar nicht, und sie wird durch das Freiwerden der Werke nur im

Falle von Massenverbreitung, bei Bühnenaufführungen sogar niemals bewirkt.“

So einfach wie die Dichterkademit die Sache darstellen, liegen die Dinge keineswegs. Die Gesellschaft hat alles Interesse daran, die geistige Produktivität zu steigern und ihre Früchte den Volksgenossen mitzuteilen. Es hat lange gedauert, bis ein geistiges Eigentum sich in der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzte. Und mit Recht hat selbst diese es nicht auf ewig verlängert, sondern es auf dreißig Jahre nach dem Tode des Schöpfers beschränkt. Es liegt kein triftiger Grund vor, diese Schutzfrist auf fünfzig Jahre auszuweihen. Bei dem raschen Tempo der modernen Entwicklung sind heute vielfach schon geistige Werte dreißig Jahre nach dem Tode ihres Urhebers veraltet und vergessen. Andererseits haben wir oft genug erlebt, daß erst das Freiwerden eines Wertes ihm den wahren Nachhall und die volkstümliche Verbreitung brachte. Heine, Reuter, Heibel, Keller, reden eine deutsche Sprache. Die Torheit der Verleger, die mit keinem Umfah und großem Nutzen rechnen, würde durch solche verlängerte Schutzfrist nur untergraben. Zudem hat vielfach den Hauptnutzen nur der Verleger, nicht der Autor und seine Erben. Die Dichterkademie dient mit diesem Vorschlag weder dem Geiste noch dem Volke, sie hätte nach Weisheiten ausschauen sollen, wie man heute noch früher zusammenbringt und die ganze Frage des Urheberrechts von höheren Gesichtspunkten aus ansassen sollen.

Vom Schellfischer zum Volksbildungsminister. Unter den fünf Sozialdemokraten, die der neuen lettischen Regierung angehören, ist der Volksbildungsminister Rainis die markanteste Erscheinung. Dieser Mann mit dem Künstlernamen Rainis, dessen bürgerlicher Name Danis Plietkšans lautet, ist nicht nur Politiker, sondern auch ein bereits im Auslande bekanntgewordener Schriftsteller. Seine dramatische Produktion, seine Romane und Gedichte bilden den Anfang des individuellen Schaffens in der lettischen Literatur, die vorher in der Hauptsache nur Volkslieder der von den baltischen Baronen jahrhundertlang niedergehaltenen Bauern hervorgebracht hat. Rainis ist 1865 als Sohn eines wohlhabenden Bauern geboren, besuchte das Gymnasium in Riga und hat in Petersburg die Rechtswissenschaft studiert. Eine Weilelang war er Advokat in Riga, ging aber bald zu Schriftstellerei und Journalismus über. 1897 machte er in einer sozialdemokratischen Verlesung die erste Bekanntheit mit den Kojalen und wurde auf ein Jahr ins Gefängnis und hernach fünf Jahre in die Verbannung geschickt. Von 1903 bis 1905 war er wieder politisch tätig und mußte nach der Niederschlag der Revolution von 1905 fliehen. Sein Hof war die italienische Schweiz. Erst nach der Bereinigung Lettlands, dem Ziele seiner Jugend, durfte er in die Heimat zurückkehren, in der er durch seine Schriften schon populär geworden war. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands schickte ihn ins Parlament und machte ihn zum Ehrenmitglied der Partei. Seine literarischen Arbeiten und seine Bedeutung für den Kampf um die nationale Befreiung Lettlands wurden durch die Vereinerung der Ehrenmitgliederschaft der Hochschule und der Pressegesellschaft anerkannt.

Die Zahl der Rundfunkhörer im Deutschen Reich beträgt nach dem Stande vom 1. Januar 1927: 1 876 564. Am Monat Dezember 1926 haben sich 29 442 Rundfunkhörer neu angemeldet.

Katzenbän in Ephesus. Eine Wiener archäologische Expedition erbaute in Ephesus (Kleinasiens) eine große christliche Katzenbänanlage.

Die Pension des Putschgenerals Lüttwih.

Das weitherzige Reichsverwaltungsgericht.

Das Landgericht I Berlin hat bekanntlich dem General v. Lüttwih trotz seiner hochverräterischen Umtriebe sein Gehalt für die drei Monate nach dem Kapp-Putsch unter Aufwertung auf 50 Proz. zugebilligt. Dieem Urteil, das unter dem 20. Oktober 1926 erfolgte, reiht sich würdig ein anderes an die Seite, das vom ersten Senat des Reichsverwaltungsgerichts am 23. November 1926 gefällt wurde. Danach werden dem Herrn v. Lüttwih seine 16.983 M. jährliche Pension, rückwirkend bis zum 1. Januar 1923, zugebilligt. Das Urteil des Verwaltungsgerichts stützt sich darauf, daß infolge der Amnestierung der Putschisten „mangelnde Strafbarkeit“ gegeben sei.

Das Urteil ist nicht nur deshalb ungeheuerlich, weil hier wieder eine deutsche behördliche Stelle entgegen allem Volksempfinden einen notorischen Hochverräter zum Reichspensionär macht, sondern auch deshalb, weil es aller bisherigen Tradition der Verwaltungsgerichte widerspricht. Die Strafbarkeit seiner Handlung hat Lüttwih selber dadurch zugegeben, daß er sich nach berühmtem Muster ins Ausland verdrückte, so lange er eine Verfolgung zu gewärtigen hatte. Erst als das Strafverfahren gegen ihn niedergeschlagen war, und zwar auf Grund einer Amnestie, die die Strafverfolgung, nicht die Strafbarkeit seines Verbrechens beilegte, erschien Herr v. Lüttwih persönlich wieder auf der Bildfläche und beanspruchte mit der ihm eigenen Bescheidenheit die Honorierung seiner Dienste durch dieselbe Republik, gegen die er gepöbelt hatte. In keinem einzigen Falle, deren es bei kleinen Beamten nicht wenige gibt, hat bisher das Verwaltungsgericht eine Amnestierung als Grund dafür angesehen, daß die Beamtenansprüche des Betroffenen gewahrt bleiben. Immer galt die Entlassung automatisch als vollzogen. Auch in solchen Fällen, in denen die „Strafbarkeit“ — im mit dem Verwaltungsgericht zu reden — durch Zubilligung einer Bewährungsfrist hinfällig geworden war, hat man rücksichtslos die Beamten Pensionierung und die Gewährung von Ruhegehaltsansprüchen den Betroffenen aberkannt.

Die Konsequenzen dieses Urteils sind nach dieser Richtung hin unabsehbar. Was dem Hochverräter Lüttwih recht ist, ist natürlich denjenigen entlassenen Beamten billig, die sich geringere Verfehlungen als den Hochverrat haben zuschreiben können lassen. Wir sind gespannt, unter welchen Vorwänden man den Kleinen klar machen wird, warum sie gehängt zu werden verdienen, während man die großen Verbrecher laufen läßt und dafür bezahlt.

Das Verwaltungsgericht untersteht dem Reichsarbeitsministerium, das, wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht betont, die Pflicht gehabt hätte, den Reichstag über die Konsequenzen des Amnestiegesetzes aufzuklären, ehe dieses Gesetz erlassen wurde. Nachdem es das nicht getan hat, ist es für den Spruch des Verwaltungsgerichtes voll verantwortlich und man kann nur hoffen, daß es dafür vom Reichstag zur Rechenschaft gezogen wird.

Ungeheuerlich bleibt der ganze Vorgang in jedem Falle. Die Kriegsbeschädigten, die vielfach mit ganz richtigen Vorwänden um ihre geringen Ansprüche an den Staat gekämpft worden sind, können wieder einmal daraus erleben, welche Geldmittel dem Reiche zur Verfügung stehen, wenn es sich um Versorgungsansprüche von Generälen handelt.

Die Mißwirtschaft bei der Staatsbank.

Feststellungen im Darmat-Prozess: Riccardi wußte vom anderen?

Nach der Mittagspause kam es in der gestrigen Verhandlung des Darmat-Prozesses zu interessanten Erörterungen über die Beschlüsse der Generaldirektion der Staatsbank hinsichtlich der Behandlung der großen Kreditnehmer. Zunächst handelte es sich um einen Beschluß der Generaldirektion vom 16. Mai 1924, demzufolge zur Erhöhung der Liquidität der Staatsbank den Kunden mit größeren Krediten eröffnet werden sollte, daß sie über den 15. Juni 1924 hinaus mit diesen Krediten nicht mehr rechnen könnten. Alle Kredite über 300 000 Mark müßten zunächst in der Direktionskonferenz vorgelegt werden. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Dr. Hellwig, daß ihm dieser Beschluß bekannt gewesen sei. Weiter trug Staatsfinanzrat Soldat aus dem Protokollbuch der Direktionskonferenzen einen Beschluß vom 10. Mai 1924 vor, der sich mit der Tatsache befaßt, daß die drei großen Kreditnehmer der Staatsbank, Darmat, Kautzky und Michael insgesamt über 35 Millionen Goldmark schuldig seien, und daß sie diese Gelder dazu benutzten, um sie mit hohem Gewinn weiter zu verleihen. Diese Kredite dürften auf keinen Fall erhöht, sondern müßten langsam verringert werden. Angekl. Dr. Hellwig: Dieser Beschluß ist mir nicht bekannt geworden. Ich habe erst viel später von anderer Seite davon erfahren. Vorj.: Wie wurden denn diese Beschlüsse der Generaldirektion den abwesenden Direktionsmitgliedern zur Kenntnis gebracht? Staatsfinanzrat Soldat: Die Beschlüsse wurden nicht in Umlauf gesetzt, sondern das Protokollbuch blieb auf dem Sitzungstisch, aber die Herren sprachen doch untereinander über die Beschlüsse. Vorj.: Dann konnte doch aber mal etwas in Vergessenheit geraten? Angekl. Dr. Hellwig: Ich war mit den Oberfinanzräten Habbena und Dr. Röhre sehr befreundet. Ich weiß genau, daß Habbena diese Eintragungen in das Protokollbuch manchmal erst wochenlang nach den Sitzungen auf Drängen des Präsidenten u. Schröder gemacht hat. Bester Landgerichtsrat Linger: Haben Sie sich das Buch nicht manchmal auf frühere Beschlüsse angesehen? Dr. Hellwig: Nein, es befand sich in Verwahrung des Dr. Habbena.

Ein weiterer Beschluß der Generaldirektion vom 14. Juni 1924 verlangte, daß auch Kreditprovisionen über 300 000 Mark hinaus zunächst in der Direktion zur Sprache gebracht werden müßten. Dr. Hellwig erklärte hierzu, daß er diesen Beschluß selbst herbeigeführt habe. Dagegen müsse er wohl am 19. Mai zu spät zur Sitzung gekommen sein, so daß ihm der damalige Beschluß nicht mehr bekannt geworden sei. Landgerichtsrat Rosemann: Hat es nicht großes Aufsehen erregt, daß drei Kreditnehmer so hohe Kredite erhalten hatten? Dr. Hellwig: Angeklagt sollen einige Herren der Direktion übernachtet gewesen sein, aber auch das war in meiner Abwesenheit. Staatsfinanzrat Soldat: Es ist richtig, daß wiederholt Herren der Direktion während der Sitzung abgerufen wurden. Vorj.: Hat man ihnen denn nicht bei ihrer Rückkehr gesagt, was für ein Beschluß soeben gefaßt worden sei? Staatsfinanzrat Soldat (schweigend): Nicht immer.

Auf Befragen des Vorsitzenden verbreitete sich der Sachverständige dann über die Besetzungsbedingungen und erklärte, daß sie, obwohl gewisse Richtlinien vorhanden gewesen seien, doch im wesentlichen in das Ermessen der Referenten gestellt waren. Bester Landgerichtsrat Rosemann stellt fest, daß nach den Vorlesungen des Sachverständigen eine einheitliche Bearbeitung der verschiedenen Konten in der Staatsbank überhaupt nicht stattgefunden

Erste Kraftprobe in der Kammer.

Interpellationen über Teuerung und Wirtschaftskrise werden getrennt behandelt.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer kam es am Freitag anlässlich der Festsetzung der Tagesordnung für die kommenden Sitzungen zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Sozialisten Blum und der Regierung. Blum verlangte, daß die Interpellationen über die Teuerung und die Wirtschaftskrise zusammengelegt und in einer einzigen Sitzung zur Diskussion gelangen sollten. Dem widersetzte sich Poincaré, da ihm die Gefährlichkeit einer solchen großen Aussprache über die Wirtschaftslage nicht entgehen konnte, und verlangte, daß jeweils Freitag diese Interpellationen nacheinander abgewickelt würden. Mit 385 gegen 182 Stimmen lehnte die Kammer den Antrag Blum ab. Die erste Interpellation über die Wirtschaftskrise wird am kommenden Freitag stattfinden.

Bouissons Antrittsrede.

Paris, 14. Januar. (WTA.) In der heutigen Kammer Sitzung hat der neugewählte Kammerpräsident Fernand Bouisson sein Amt angetreten und in der üblichen Antrittsrede vor allem darauf hingewiesen, daß

zum erstenmal ein Mitglied der sozialistischen Partei

zum Präsidenten gewählt wurde. Durch die Wahl habe die Kammer sich nicht für einen Mann, sondern für eine Arbeitsmethode ausgesprochen. Niemand sei der Notwendigkeit einer rationalen und methodischen Organisation der parlamentarischen Arbeit dringender erschienen, als augenblicklich. Seit Beginn ihres Mandats, so fuhr der Präsident fort, ist unsere Zeit und unser Geist durch die Sorge um den Frieden, den man stabiler und allgemeiner wünscht, beansprucht worden und außerdem durch die dringenden finanziellen Schwierigkeiten, die die Kammer je gekannt hat. Durchdrungen von dem Ernst und der Dringlichkeit dieser Probleme hat die Kammer freiwillig während des ersten Teiles dieser Legislaturperiode ihre Tätigkeit eingeschränkt. Diejenigen, deren ganze Besinnung darin besteht, unsere parlamentarischen Einrichtungen zu kritisieren, glauben darin zur Begründung ihrer Forderungen des Mißtrauens Argumente zu finden, deren Nichtigkeit das Parlament jetzt beweisen kann. Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, an welchem nahen oder fernem Zeitpunkt man vollkommen von den Sorgen befreit sein wird. Man kann jedoch hoffen, daß dank der schweren Opfer, die man gebracht hat, man

an einem Ruhepunkt angelangt

ist. Das Land erwartet, daß die Kammer ihn dazu benutzt, um alle die Fragen zu erledigen, die am meisten die öffentliche Meinung beschäftigen, sei es, daß es sich um gesetzgeberische Maßnahmen auf administrativem oder wirtschaftlichem Gebiete handelt, sei es, daß es

sich um die Beseitigung von Mängeln der Schutzbestimmungen für die Arbeiter handelt. Der neue Präsident trat sodann für eine gründliche Vorbereitung der Besuche ein, wobei er den Ausschüssen in stärkerer Nähe als bisher ein Mitspracherecht zuerkennen will. Schließlich erklärte er, daß er ohne Rücksicht auf die Partei, der er angehöre, sein Amt in unparteiischer Weise und unter Berücksichtigung der politischen Ueberzeugung und Rücksichtnahme auf die Persönlichkeiten ausüben wolle.

Daumer Senatspräsident.

Im Senat wurde der frühere Finanzminister Daumer, nachdem sich die Linksparteien einschließlich der Sozialisten auf seine Kandidatur geeinigt hatten, mit 238 von insgesamt 273 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Die „Restpunkte“.

Pawels in Versailles. — Günstige Verhandlungsatmosphäre.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche General v. Pawels ist vormittag und nachmittag von der Interalliierten Rüstungskommission in Versailles gehört worden. Einzelheiten über den Verlauf der Diskussion sind bisher nicht bekannt geworden. Halbamisch wurde nur mitgeteilt, daß sie in einer Atmosphäre vor sich gehe, die einen günstigen Abschluß der Verhandlungen noch vor dem 31. Januar 1927 erhoffen lasse.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In einem Teil der Presse geht die Polemik über den außenpolitischen Gegenstand Poincaré-Briand und dessen eventuellen Rückwirkungen auf den Bestand des Kabinetts weiter. So gibt der „Paris Mid“ in einem pessimistisch gehaltenen Artikel seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Konflikt zwar äußerlich beigelegt sei, aber die Konfliktatmosphäre wie eine schwarze Wolke über der Regierung lasse. Wenn Poincaré und die Rechte sich mit den gestrigen Erklärungen Briands im Kabinettsrat, daß er keine Verpflichtungen über die Räumung der Rheinlande abgegeben habe, abfinde, so sei das Gegenteil bei Briand der Fall. Dieser sei wohl sicher, daß er des Parlaments für seine Locarnopolitik sicher sei und verzehle deshalb seinen Gegnern die Zurückstellung der außenpolitischen Debatte nicht.

In politischen Kreisen wird diese pessimistische Auffassung keineswegs geteilt. Man betont im Gegenteil, daß Briand absichtlich auf die Zurückstellung der außenpolitischen Debatte eingegangen sei, gerade weil er seine Locarnopolitik durch eine Rüstungskrise nicht gefährden wolle.

habe. Es sei vorgekommen, daß z. B. ein Kreditnehmer erst bei dem Referenten für die Lombardkredite ein Darlehen erhielt und dann ein zweites bei dem Referenten für die Kontokorrentabteilung, ohne daß hier eine Referent von dem Vorgehen des anderen etwas wußte. Auch bei der Frage der Prüfung der Wechselkonten bestätigte auf Befragen Staatsfinanzrat Soldat, daß damals jeder Referent gewissermaßen gefühlsmäßig handeln mußte, weil eine sachliche Nachprüfung eben nicht möglich war. Auf mehrfache Vorhalte von R. M. Jüttner führte der Sachverständige auch aus, daß die Prüfung der Kontokorrentkredite erst im Oktober 1924 erfolgt sei, weil damals die Konten ganz allgemein nachgesehen wurden. Das Gericht gab Staatsfinanzrat Soldat auf, bei der Staatsbank nachzuprüfen, ob nicht schon eine frühere Prüfung durch die Kassendirektion erfolgt sei bezw. warum man eine solche Prüfung unterlassen habe. Auf eine Frage des Justizrats Löwenthein, ob nicht gerade Soldat derjenige gewesen sei, der die Kontrollbogen für die Prüfung der Kreditwürdigkeit Hellwig zur Eintragung der Zahlen übergeben habe, bestritt der Staatsfinanzrat dies, während Dr. Hellwig daran festhielt und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß diese Kontrollbogen sich nicht in den Akten befänden und auch dem Untersuchungsrichter unbekannt gewesen seien. Auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts Schwefens, ob denn ein Kunde über den Gang des internen Geschäftsbetriebes bei der Staatsbank Abkunft haben konnte, erklärte Staatsfinanzrat Soldat, daß den Kunden auf Wunsch die Besetzungsgrundzüge ausgehändigt worden seien.

Die Verhandlung wurde dann auf Montag vertagt.

Praktische Landwirte in die Verwaltung!

Sozialdemokratische Forderungen zum Landwirtschaftsetat.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wies der preussische Landwirtschaftsminister bei der Beratung des Etats darauf hin, daß Preußen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen eine Reichswasserstraßenverwaltung ablehnen müsse. Die Maul- und Klauenseuche habe ein Schaden von 90 bis 100 Millionen verursacht. Milchwirtschaft und Molkereiwesen ständen nicht auf der Höhe der Vorkriegszeit. Die 1,2 Milliarden des Reichsverkehrsministeriums im Arbeitsbeschaffungsamt wären besser für Meliorationsarbeiten verwendet worden. Angesichts der jurchbaren Hochwasserschäden sei ein umfangreicher Hochwasserschutz notwendig.

Abg. Peters (Soz.) verweist auf die vorbildliche Arbeit, die Bayern, das sonst sehr wenig als Vorbild gelten könne, in der Moorwirtschaft geleistet habe. In Preußen würden bedeutendere praktische Vorarbeiten nicht genügend zur Verwaltung herangezogen. In den 3 landwirtschaftlichen Abteilungen der preussischen Regierung sei kein einziger normaler praktischer Landwirt tätig. Im Reichsernährungsministerium seien von den zehn Landwirten zur Zeit des sozialdemokratischen Ernährungsministers Robert Schmidt heute nur noch drei Landwirte übrig. Peters fragte zum Schluß, wo die Kreditvorlage zur Einrichtung der Musterbetriebe für Gemüsebau stehe.

Ein völkischer Schimpfheld.

Der wildgewordene Freund Hitters.

Während sich der Rechtsausschuß des Reichstages mit dem omnibus Redeverbot gegen Hitler beschäftigte, hielt der radikalste Agitator der Nationalsozialisten in Bayern, der Bismund-Hitters, der Landtagsabgeordnete und ehemalige Volkskammer-Julius Streicher von Nürnberg, im Münchener Bürgerbräu Keller eine Rede, die alles in den Schatten stellte, was von dieser Seite bisher an Volkserhebung gesehelt worden ist. Streicher, der soeben aus dem Gefängnis entlassen wurde, wo er wegen der bekannten schamlosen Beleidigungen des Nürnberger Oberbürger-

meisters Dr. Duppe und anderer Nürnberger Bürger 3 1/2 Monate abzusitzen hatte, sagte in seiner Rede u. a.:

„Deutschland ist ein durch und durch verkommenes Staat. In der Spitze dieses Staates stehen Lumpen. Die Führer der Sozialdemokratie im Landtag und im Reichstag sind alle bestochen von den Juden... Die Münchener Polizei buhelt in besseren Hotels bewohnt die Mädchenführung... Ein Kronprinz Rupprecht, der sich der Bayerischen Volkspartei verschreibt, wird zum Verbrecher an seinem Hals... Dawes, Nobelpreisträger mit dem Rotzahnverbrecher Briand und Stresemann...“

Nach den Bestimmungen der erst vor kurzem in Bayern erlassenen verschärften Ehrenschutzverordnung ist wohl damit zu rechnen, daß sich der Staatsanwalt von neuem mit Herrn Streicher beschäftigen wird, allerdings wahrscheinlich nicht ohne Hinzuziehung eines — Inhabiters. Oder sollte der „Ehrenschutz“ nur gegen links Anwendung finden?

Turati-Feier in Paris.

In der sozialistischen Kammerfraktion.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammerfraktion veranstaltete am Freitag einen feierlichen Empfang zu Ehren des hierher geschickten Vorkämpfers der italienischen Sozialdemokratie, Genossen Filippo Turati. Turati gab bei dieser Gelegenheit einen ausführlichen Bericht über die Lage in Italien und die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten ausgeht sind.

Graf Sforza festgehalten.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Als Senator Graf Sforza, der ehemalige italienische Außenminister und Botschafter, den Botschafter von Turin in der Absicht betrat, nach Frankreich zu reisen, wurde er von einem Polizeikommissar angehalten und ausgefordert, sofort nach Rom zurückzukehren. Dies war der peremptorische Befehl Mussolinis. Senator Graf Sforza ist ein alter und unerschütterlicher Gegner des „Regimes“. Seit einem Jahre hat er sich ziemlich von der Politik zurückgezogen und zeigte sich auch nicht mehr im Senat. Auch seine Mitarbeit an der Presse hat er völlig eingestellt. Trotzdem haben die Faschisten sein Landhaus in Forte dei Marmi eingeschüert und seine Wohnung in Rom zerstört.

Seine Reise nach Frankreich war durch die Tatsache begründet, daß Sforza Mitglied der Carnegie-Stiftung ist. Die ihren Sitz in Paris hat. Der internationale Verwaltungsrat sollte dieser Tage eine Arbeitsfassung abhalten, an der wie an den vorherigen Sforza teilgenommen hätte. Nach Informationen, die uns aus Rom erreicht haben, sind die Beweggründe Mussolinis zu seinem Vorgehen die, daß er Sforza für die Veröffentlichung eines Artikels über den Revolutionär Mazzini in einer englischen nichtsozialistenfreundlichen Zeitschrift bestrafen wollte. Sforza hatte sich in dem Artikel lediglich darauf beschränkt, die Gedanken Mazzinis wiederzugeben. Einige Stellen in den hierbei angeführten Briefen des großen Italiens, in denen er treffende Bemerkungen über die Leiden des Vaterlandes unter den tyrannischen Regierungen der Vergangenheit macht, schienen Mussolini Absicht für die Anwendung auf die gegenwärtige Lage Italiens geeignet.

Der alte Marchese De Viti De Marco, ehemaliger Abgeordneter und Professor der Universität Rom, ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, über Mussolini schlecht gesprochen zu haben. Deshalb wird er von einem Sondergericht abgeurteilt werden. Marchese De Viti gehört zur Gruppe der Liberalen, die sich dem Faschismus nicht angeschlossen haben. Darüber hinaus war er ein Freund des bekannten Historikers und Antifaschisten Professor Salvemini und das ist jetzt in Italien ein schweres Verbrechen.

Schloß Dammsmühle.



Inmitten von Schönwöde, im Norden Berlins, liegt Schloß Dammsmühle. Den Namen trägt es nach dem reichen Armeelieferanten Friedrich Damm, der in der friderizianischen Zeit an dem von Borsdorf herkommenden Fließe eine Mühle anlegte und 1768 das Anwesen durch den Bau eines vornehmen Bandhauses vergrößerte. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde hier eine Gastwirtschaft angelegt, die bald ein beliebter Ausflugsort für die Berliner wurde, die im abstrahwürdigen Kramler den idyllischen Winkel aufsuchten. Nach dem Bau der Borsortbahn, die neue Ausflugsziele erschloß, begann es hier stiller zu werden. Wolfank, ein reicher Pantomer Aderbürger, erwarb das Gut, baute das Bandhaus durch Hinzufügung eines Barockturmes und eines stattlichen Hofflügels zu einem Herrensitze um, legte eine große Anzahl von Teichen an, in denen die verschiedensten Fischarten gezüchtet wurden. Er verschönerte den Park und sperrte ihn gleichzeitig für fremde Besucher, indem er die Straße nach Zühlendorf im Bogen um das Besitztum legen ließ. Wilhelm II., dessen „Hofjagdrevier“ an Dammsmühle grenzte, interessierte sich lebhaft für den Erwerb des Gutes, das er als Jagdschloß einrichten wollte, mußte aber der zu hohen Kosten wegen verzichten. Von dem lebenslustigen Wolfank, der gern fröhliche Feste gab, bei denen vor allem leichtlebige Damen nicht fehlen durften, werden noch heute tolle Geschichten erzählt. Er selbst ruht seit Jahren im Park unter einer schmunzenden Barockkapelle; auf dem Schloßbleich aber schwimmt als Zeuge einer feltfreudigen Vergangenheit der weiße Tanzsaal in der seitlichen Gestalt einer indischen Moschee mit goldumfundenen Knausen und Hufeisenfenstern. In dem glasklaren Wasser des Teiches spiegelt sich der leuchtende Bau, Birken und Trauerweiden lassen milde ihre Zweige ins Wasser hängen; das Haften des Spechtes in den Kiefernstämmen und ab und zu der rauhe Schrei der Wasserente unterbricht die Stille. Vom Rosengarten schweift der Blick weit über den Mühlenbieder See. Zwischen alten Buchen und Kastanien lugen kleinere Standbilder hervor, ein kleines Säulentempelchen ziert die Anhöhe hinter dem Rosengarten. Rechts und links vom Parkportal schreiben auf mäßig hohem Sockel zwei gußeiserne Hirche aufeinander zu. Heute ist von der einstigen „Fröhlichkeit“ nicht viel geblieben. Das Gut wurde in der Inflationszeit verkauft. Die Fischteiche sind versumpft; der 13 Meter hohe Wasserturm, den

Wolfank zur Bewässerung der Gartenanlagen hatte aufstellen lassen, ist abgebrochen und mancher schöne Lebensbaum, der den Park zierlich wanderte nach Berlin, um seine immergrünen Zweige zum Kranzbinden herzugeben. Mit Vorliebe drehten hier Junggefellschaften Szenen, zu denen Park und Schloß ein stimmungsvolles Kulissenliefern. Am 22. Februar soll die zwangsweise Versteigerung



Die „Indische Moschee“.

dieses prächtigen märkischen Bandhauses stattfinden. Vielleicht bietet diese Versteigerung die Möglichkeit, diesen herrlichen Park in die öffentliche Hand zu bringen, damit in der Zukunft wie früher fröhliche Wanderer aus der Großstadt hier Erholung suchen können. Der Kreis Niederbarnim hätte damit einen neuen Anziehungspunkt gewonnen. Und wenn es dann noch gelänge, die „Seidendrahtbahn“ leistungsfähiger zu machen, könnte in Dammsmühle neues Leben fröhlichen Einzug halten.

Frühere Grippeepidemien in Berlin.

Die Sorge, daß die Grippe in Berlin doch noch weitere Ausdehnung erlangen könnte, weckt die Erinnerung an die früheren Grippeepidemien, von denen Berlin heimgeheftet wurde. In den nun bald vierzig Jahren, die seit der mit 1889 einsetzenden Grippeepidemie vergangen sind, hat diese Krankheit in keinem Jahre unter den Todesursachen gefehlt. Jahr für Jahr mußte eine gewisse Zahl von Grippeerkranken gebucht werden, und mehrfach kam es in den ziemlich vier Jahrzehnten auch wieder zu schwereren Grippeepidemien, die Hunderte von Opfern forderten.

Die erste Grippeepidemie der neueren Zeit, die von 1889 und den folgenden Jahren, brachte Sterblichkeitsziffern, die uns heute gering scheinen, aber damals starkes Aufsehen erregten. Aus dem damaligen Berlin von rund 1 1/2 Millionen Einwohnern wurden Grippeerkrankte gemeldet für 1888 nur 2, aber plötzlich 51 Fälle für 1889 und 90 Fälle für 1890. Das Jahrzehnt 1891 bis 1900 brachte dann der Zweimillionenstadt 426, 223, 336, 154, 478, 136, 246, 139, 170, 609 Grippeerkrankte, und in einem ähnlich wechselnden Auf und Ab bewegten sich die Zahlen in den folgenden Jahrzehnten. Die Statistik aus den ersten Jahren wird übrigens nicht ganz zuverlässig sein, weil damals gemäß mancher Grippeerkrankter noch nicht richtig erkannt, aber andererseits wahrscheinlich auch manche Todesursache anderer Art irrtümlich als Grippe gebucht wurde. Daß in der durch Eingemeindung zusammengefaßten Viermillionenstadt in den Jahren 1921, 1922, 1923, 1924 an Grippe 660, 1891, 785, 988 Personen starben, wird nicht allgemein bekannt sein, und diese Zahlen werden manchen überraschen, der heute vielleicht schon bei einigen Dutzend Fällen von einer Epidemie zu sprechen geneigt ist.

Die Zahl der Grippeopfer war, gemessen an der Bevölkerungszahl, verhältnismäßig am größten in dem Jahre 1918, dem letzten Kriegsjahre. In ihm wurden aus Berlin 1015 Grippeerkrankte gebucht, aus der damaligen Zweimillionenstadt! Die Epidemie von 1918 begann, gegen die Regel, im Sommer. Sie brachte im Juli 104 Sterbefälle, ließ aber zunächst wieder nach, so daß im August und September nur noch 17 und 19 Sterbefälle zur Meldung kamen. Dann aber brachte der Oktober plötzlich die erschreckend hohe Zahl von 499 Grippeerkrankten (in einem Monat!), und unter langsamem Nachlassen der Epidemie mußten für November und Dezember noch 201 und 111 Sterbefälle gebucht werden. Reift sind Grippeepidemien von einer starken Zunahme der Sterblichkeit an Lungenentzündung begleitet — und hier brachte das Jahr 1918 ein geradezu entsetzliches Ergebnis. In 1918 starben in der Zweimillionenstadt an Lungenentzündung 6243 Personen, davon allein 2215 im Oktober.

Ein Grauen packt uns heute bei dem Rückblick auf die Sterblichkeit des Zusammenbruchjahres. Das Jahr war nicht nur ein Grippejahr, sondern stand auch unter dem vollen Einfluß der Entbehrungen, die der Krieg auch den in der Heimat Verbliebenen auferlegt hatte. Im allgemeinen fordern Grippe und Lungenentzündung die meisten Opfer unter den Personen höheren Alters, in 1918 aber raffte die Lungenentzündung ausfallend viele Personen mittleren Alters hinweg, begreiflicherweise hauptsächlich Frauen. Besonders die Reihen der Frauen bester Altersklassen, der unter 30 Jahre alten, wurden furchtbar gelichtet. Vier Jahre hindurch hatten die Frauen alle Lasten und Leiden des Krieges getragen, nebeneinander die Arbeit in den Fabriken, die Mühen der Hauswirtschaft und die Sorge um den Gatten, der im Felde stand. Noch vor dem Zusammenbruch des Krieges kam im Herbst 1918 für viele Frauen ihr Zusammenbruch, nachdem sie vier Kriegsjahre hindurch in einem stillen Heldentum, ohnegleichen sich aufrechterhalten hatten.

Potsdams Hunde ohne Leine und Maulkorb. Der Potsdamer Polizeipräsident hat die seit 1 1/2 Jahr bestehende Verordnung über den Leinen- bzw. Maulkorzwang für Hunde aufgehoben. Die Hunde können also in Potsdam völlig frei von jeder Beschränkung umherlaufen. Der Zwang zum Tragen einer Hundemarke oder eines Halsbandes mit der Adresse des Besitzers bleibt natürlich bestehen.

Die Wunder der Klara van Haag.

63] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überetzt von Erwin Magnus.

Aber die Gnädige drückte Sören die Hand zum Abschied und drückte sie noch einmal. Diesmal mit viel Geld.

„Man kann sagen, was man will, es gibt nicht viele Ihres Schlages,“ sagte Sören und nickte tiefinnig.

Der Zug sang sich vorwärts über die sonnigen, grünsprießenden Felder Finlens. Frau van Haag und Hedwig saßen sich gegenüber. Sie sprachen nicht viele Worte, denn sie hatten Mitreisende, aber hin und wieder sandten sie sich ein kleines Nicken, und Hedwig konnte sehen, daß Frau van Haag mit jeder Station, die zwischen sie und Knaareby gelegt wurde, froher und froher in den Augen wurde. Sie hatte Einfälle. Sie kaufte das ganze Lager des Zuckermanns auf dem Obenseer Bahnhof und bezahlte ihn, damit er herumging und an alle Vorbeigehenden Bonbons, Schokolade und Pfefferminzplätzchen austeilte. Die Leute glaubten, der Zuckermann sei toll geworden, und Frau van Haag hatte eine merkwürdige Freude daran. Eine Minute vor Zugabgang kam der Mann angelaufen und sagte mit schimmernden Augen, er hätte noch einen ganzen Kasten Zuckermännchen, sehen sie — vier Kronen. Da kaufte die Gnädige auch den und schenkte ihm ihn gleich wieder. Ausschließlich zu eigenem Gebrauch, sagte sie und tat tiefinnig.

In Nyborg trafen sie die Morgenzeitungen aus Kopenhagen. Frau Klara kaufte eine von jeder, und als sie und Hedwig an einem kleinen Tisch auf dem Oberdeck der Fähre Kaffee getrunken hatten, begann die Gnädige zu lesen. Der Wind rief und zerrte an der Zeitung. Sie mußte sie in ein kleines Bierdeckel zusammenlegen. Es war merkwürdig, wie eifrig sie heute las; Zeitungen pflegten sie ja nie zu interessieren. Sie legte die erste auf die Bank, setzte sich darauf und nahm die zweite.

„Darf ich ein bißchen sehen?“ sagte Hedwig.

„Du?“ sagte die Gnädige. „Ja, aber nur ein wenig.“

Sie blätterte in der Zeitung, riß eine Seite heraus und reichte Hedwig den Rest.

„Komme ich jetzt unter Zensur,“ sagte Hedwig lächelnd.

„Ja, ein wenig. Vergiß nicht, daß du nur das Vorderlageblatt gewohnt bist.“

„Ich bin ja jetzt weg von Barde. Es ist wohl nicht Ihre Meinung, Frau van Haag, daß ich keine guten Zähne habe.“

„Nur hübsch und frage nicht.“

Hedwig wurde ein wenig gereizt. Was war das nun für eine Beschüßermiene, die Frau van Haag aufsetzte? Warum wollte sie den Zeitungstücken in ihre Tasche stecken? Verzeihung, Hedwig verstand nicht das Belustigende an dem Bißchen. Aber jetzt las sie unwillig ein Wort, einen Namen in dem flatternden Zeitungstücken: Johan Fors.

Ihr Gesicht wurde ganz weiß und klein, sie atmete beschwerlich und sagte: „Was steht da in der Zeitung von Johan Fors?“

„Nichts — na ja, jetzt ist es doch zu spät. Nichts, als daß er seine Bilder in Kopenhagen ausstellt. Ich mußte im voraus, daß er es wollte; und jetzt mußte ich natürlich die Kritik lesen.“

„Ist er nicht in Paris?“

„Da steht eben, daß die Bilder aus Paris geschickt sind.“

„Ich möchte gern lesen, was da steht,“ sagte Hedwig.

„Wie du willst,“ sagte Frau Klara und reichte ihr das Papier. „Aber ich dachte, du betrachtest ihn als deinen geistigen Feind, als Humbugmacher.“

„Ich möchte gern lesen, und ich möchte schrecklich gern seine Bilder sehen.“

„Dann sehen wir uns seine Bilder an, wenn wir eines Tages Zeit haben.“

„Ich bin immer zu allen Ausstellungen gegangen, und ich habe ja lange in einem Künstlerhaule gelebt,“ sagte Hedwig, gleichsam um Entschuldigung bittend.

„Ja, wenn du meinst, dann —“

„Ja,“ sagte Hedwig und sah weit hinaus über den Großen Belt. „Das meine ich jedenfalls.“

Sie begegnete einer anderen Fähre und beobachteten, wie deren Röhrenschiff sie jetzt, da sie sich dem Lande näherte,

verließ und zu ihrer Fähre hinüberkam, um die Fahrt von neuem mitzumachen. Die Röhren glitten an dem neuen Schiff entlang und begrüßten es mit einem kleinen frischen Schrei. Eine von ihnen setzte sich auf den Flaggknopf — nicht aus Müdigkeit — weit gefehlt, aber sie mußte sich im Nacken kratzen. Fertig. Auf die Flügel wieder! Wie wenig sie mit Schmutz zu tun hatten, diese Kinder des Meeres und des Windes. Ihre Brust war schimmernd weiß, frisch gewaschenes und gepökeltes Ballzeug. Prachtige, seine arbeitverachtende Fräulein. Alle diese Menschen auf der Fähre waren nur ihre aufwartenden Sklaven. Essen! schrien die Röhrenfräulein und sofort kam Essen. Sie aßen in der Luft, denn das war am frischesten, und wipps — da verrichtete eine ihre Notdurft tabellos fein und weiß, keine Spur anstoßend, nur kokett. Niemand konnte übrigens sagen, ob es nicht nur eine kleine weiße Feder war, die sich losriß.

Hedwig wandte sich an die Röhren und sagte: „Rein, warum sollte ich seine Kunst hassen.“

„Rein!“

„Rein, Kunst kann einem fast die größte Freude schenken. Kunst bedeutet viel in meinem armen Leben.“

„Hast du dich nicht selbst in irgendeiner Kunstart versucht?“

Hedwig lachte und sagte: „Rein, ich glaube, ich liebe die Kunst zu hoch, um mich mit meinen groben Fingern an ihr zu versuchen.“

Sie illustrierte mit ihrer Hand und als sie sah, daß ihre Finger fohohl schlank wie weiß waren, fügte sie hinzu: „Die Sache ist wohl, daß ich keine Künstlerin bin. Aber es muß wohl auch Menschen auf Erden geben, die Kunst, die Kunst der anderen, nur genießen. Nicht wahr? — Gemälde, Bücher! — Ach, Kunst kann einen ja über die Erde hinweg heben. Ich glaube, was an Humbug in ihm gesteckt hat — mit Geigenpiel auf Kirchhöfen und in Kirchen um Mitternacht und dergleichen — das ist in der großen Welt wohl von ihm abgestreift. Begabung hatte er sicher zu allem.“

„Du freust dich vielleicht ein wenig über ihn?“

Hedwig antwortete nicht gleich. Doch wurde sie nicht nachgelassen; sie beobachtete sich nur. (Fortsetzung folgt.)

Der Magistrat für den 20-Pf.-Einheitsstarif. Umsteigeberechtigung auch zum Omnibus.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung in zweiter Lesung die Reform der Tarife der Berliner Verkehrsunternehmen sowie die Vorschläge für die Vereinheitlichung dieser Gesellschaften verabschiedet.

Nach diesen Beschlüssen des Magistrats, die sich mit den Beschlüssen der Verkehrsdeputation decken, wird bei allen Unternehmen unter Fortfall der Zonenunterschiede und der dritten Wagenklasse der Hochbahn ein Einheitsfahrpreis von 20 Pfennig eingeführt, der zum einmaligen Umsteigen entweder innerhalb des eigenen Netzes oder zu einem der anderen Verkehrsunternehmen berechtigt. Die Umsteigeberechtigung wird also nach den Beschlüssen des Magistrats auch auf den Omnibus ausgedehnt. Man glaubt, daß die Zahl der beförberten Fahrgäste der Hoch- und Untergrundbahn, die bisher 180 Millionen im Jahre betrug, wovon rund 15 Millionen auf die Überlandstraßen und zur Straßenbahn entfielen, auf 225 Millionen steigen wird. Bei der Straßenbahn, von der bisher 805 Millionen Fahrgäste befördert wurden, errechnet man einen Rückgang auf etwa 780 Millionen, und beim Omnibus, der einer Jahresvermehrung von 107 Millionen Fahrgästen harrt, erwartet man einen Rückgang auf 95 Millionen. Aus den Ertragsunterschieden der Verkehrsunternehmen erhebliche Ueberflüsse, die nach und nach zur Deckung der 90-Millionen-Marktschulden verwendet werden sollen. Der Wagenpark des Omnibus muß, um die Umsteigeberechtigung durchzuführen, erheblich vermehrt werden. Es wird, wie Stadtrat Reuter seinerzeit ausführte, daran gedacht, die Autobusse nach und nach zu verdoppeln.

Die Vorlagen des Magistrats, die inzwischen der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt sind, werden zunächst dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung übermiesen werden. Die Beratung im Plenum der Versammlung wird also noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Verluste im Stadt-Anschaffungsamt.

Direktor Kieburg suspendiert.

Zu dem städtischen Anschaffungsamt, das im Parkhausgebäude untergebracht ist, hat sich die Stadt eine Organisation geschaffen, die die Aufgabe hat, sämtliche städtischen Anstalten (Krankenhaus usw.), die Verwaltungsämter, die Kammereinrichtungen und sonstige städtische Bedarfstellen mit allem benötigten Material zu versorgen. Eine kürzlich abgeschlossene Aufschlüsselung hat nach einer Prüfung der Bilanz eine eingehende Revision der Geschäftsführung vorgenommen. Dabei wurde festgestellt, daß nicht bei allen abgeschlossenen Geschäften mit der nötigen Sorgfalt verfahren worden war und daß dadurch Verluste entstanden sind, die vermieden werden konnten. Dem verantwortlichen Direktor Kieburg ist daraufhin sein Vertrag zum nächstzulässigen Termin gekündigt worden. Er wurde vom Amt suspendiert.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin verbreitet dazu folgende Mitteilung: Zu der von nichtamtlicher Seite verbreiteten Meldung über die Verluste des Anschaffungsamtes teilt der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft mit: Die Verluste bei der Kleidervertriebsgesellschaft, deren früherer Leiter der Direktor Kieburg war, sind dadurch entstanden, daß aus Heeresbeständen Käufe getätigt wurden, die später nicht abgesetzt werden konnten. Was das Berliner Anschaffungsamt betrifft, ist dazu zu sagen, daß bereits eine Revision und eine Generalinventur vorgenommen wird, deren Abschluß noch nicht vorliegt. Soweit bis jetzt zu ersehen ist, sind eventuelle Verluste dadurch entstanden, daß übermäßige Einkäufe getätigt wurden, deren Einkaufspreis beim Verkauf nicht mehr gehalten werden konnte. Vom Aufsichtsrat wird alles unternommen werden, um die Stadt vor Schaden zu bewahren.

Von anderer Seite wird zu der Angelegenheit mitgeteilt: Die Verluste der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft, die von einer Sachverständigenkommission von Mittelheimern der Berliner Handelskammer auf 240 000 bis 250 000 Mark, also rund eine Viertelmillion Mark, geschätzt werden, sind hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß große Bestände von Wirtschaftsmitteln, Chemikalien, Textilwaren und Lebensmitteln, die das Berliner Anschaffungsamt zur Belieferung der städtischen Krankenanstalten und Werke benötigte, zu Preisen und Quantitäten eingekauft worden sind, daß die Einkaufspreise beim Weiterverkauf infolge der eingetretenen Konjunkturschwankungen nicht mehr erzielt werden konnten, also dem Berliner Magistrat ein beträchtliches Verfallgeld einbrachten. Wie wir aus Kreisen des Aufsichtsrates des Anschaffungsamtes erfahren, ist das Unternehmen in seiner Existenz durch die eingetretenen Verluste finanziell nicht erschüttert, und es besteht durchaus die Möglichkeit, den Schaden bei intensiverer Geschäftsführung zum Teil wieder auszugleichen.

Export- und Import-Schwindel.

30 Firmen von zwei jungen Burschen betrogen.

Zwei Kaufleute haben es verstanden, 30 Geschäftsfirmen innerhalb zwei Monaten mit 10 000 Mark hineinzulegen, das war das Urteil des Gerichts über zwei sehr jugendliche Angeklagte, den 18jährigen Geschäftsoberreifer Kurt Sommerfeld und den 20jährigen Akquisiteur Walter Liebmann. Nach der Ansicht des Gerichts handelte es sich bei den Straftaten dieser beiden jungen Burschen, die sie zusammen mit dem 38jährigen früheren Kellner und jetzigen Kaufmann Werner Haabarth verübt haben, unter den zahllosen Kreditbetrügereien, die jetzt in Rom mit Aburteilung an der Tagesordnung stehen, wohl um den bisher vorgekommenen raffiniertesten Betrugsfall.

Diese Burschen, so nannte die drei Angeklagten wiederholt Landgerichtsdirektor Crohne, besaßen sogar die Frechheit, Geschäftsleute, die vorsichtigerweise auf die ihnen erteilten Aufträge hin erst Erundigungen einzulegen wollten, mit den Gerichten wegen Schadenersatzklagen zu drohen. Der Angeklagte Liebmann, trotz seiner Jugend mit den Strafgerichten nicht mehr unbekannt, schien schon geahnt zu haben, daß die Sache böse ausgehen werde, denn er war nicht erschienen, sondern hatte ein Schreiben geschickt, daß er an Grippe erkrankt sei. Das Gericht hatte sich schon entschlossen, einen Gerichtsarzt im Auto nach der Wohnung zu schicken und ihn gegebenenfalls zwangsweise zur Anklagebank zu schaffen, als sich eine Frau meldete und berichtete, daß sie Liebmann gesehen habe, wie er in der Lurmküche auf und ab gehe. Der sofort mit der Frau hinuntergeschickte Justizwachmeister traf dann auch Liebmann auf der Straße an und konnte ihn festhalten. In ihm erkannte der Gerichtsbeamte auch sofort einen alten Bekannten, der erst kürzlich nach dem zweiten wegen Betruges, das eine Mal mit einem Monat, das andere Mal mit 6 Monaten Gefängnis von einer anderen Abteilung des Berliner Schöffengerichts abgeurteilt worden war. Liebmann mußte sich jetzt bequemen, neben den beiden Mitangeklagten die Anklagebank zu beziehen. Haabarth war der Anbeter der von den drei gegründeten „Export- und Import-Gesellschaft“, die sofort begann, Warenbestellungen zu machen. Liebmann hatte daneben noch eine G. m. b. H. gegründet, die nur dem Namen nach existierte und lediglich dazu diente, günstige Auskünfte zu geben. Die erlangten Waren wurden sofort weit unter dem Werte verschleudert oder ins Pfandhaus gebracht. Nicht in einem einzigen Falle verfuhr die Betrüger, ein reelles Geschäft zu machen. Bücher hatte Haabarth überhaupt nicht geführt, sondern erst als die Polizei ihn mit Eingreifen drohte aus Geratemüßigkeit zusammengestellt. Deshalb lag gegen ihn auch noch Konkursverfahren vor. Er kam aber nicht

Die Tragödie am Müggelsee.

Der Selbstmord der drei Mädchen noch ganz ungeklärt.

Es ist bisher nicht gelungen, das Geheimnis zu erklären, das drei junge Mädchen (siehe, ihrem Leben in den Wellen des Müggelsees ein Ende zu bereiten. Alle Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben; es scheint nun als sicher festzustellen, daß die drei Mädchen gemeinsam und mit dem festen Entschluß, sich das Leben zu nehmen, in den Müggelsee gegangen sind. An welcher Stelle sich diese Tragödie vollzog, ist natürlich schwer festzustellen. Es muß jedenfalls dort gewesen sein, wo eine Dampf-anlegestelle Gelegenheit zu einem plötzlichen Sturz in das Wasser bot. Da an den sämtlichen in Friedrichshagen vorhandenen Dampf-anlegestellen der vom Rahnsdorfer Gemünd kommende „Strom“ der Sprez vorbeifließt, so ist das Wasser an diesen Stellen sehr tief und dadurch löst sich auch das Nichtwiederfinden der zwei noch vermischten Leichen erklären. Sie sind eben sofort abgetrieben worden.

Die bisherigen Feststellungen lassen mit in folgendem zusammen:

Die drei jungen Mädchen waren, wie bereits gemeldet, bei einem Postkartenverkauf am Charlothenburger Ufer 55/56 als Kon-toristinnen in Stellung. Sie waren überall sehr beliebt und ihr ununterbrochenes Lächeln ließ keinerlei Ahnung von ihrem juchselbaren Entschluß aufkommen. Bei Arbeitsluß am 12. Januar verabschiedeten sie sich in lustiger Weise von ihren Kolleginnen mit der Bemerkung, daß sie sich das Leben nehmen wollten. Niemand hat aber diese Äußerung ernst genommen. Die beiden Schwestern Weber und ihre Freundin Frieda Schöffow sind dann tatsächlich bereits an diesem Abend verschwunden, bis man die 18jährige Charlotte Weber aus der Dolziger Str. 17 gestern als Leiche aus dem Müggelsee landete. Am Donnerstag nachmittag erhielten die betroffenen Eltern Abschiedsbriefe der drei Mädchen, in denen sie von ihren Selbstmordabsichten Mitteilung machten. Die Briefe enthielten aber kein Wort über die Gründe. Lediglich Charlotte Weber teilte in dem kurzen Brief mit, daß sie

glaube, ihres Lebens nicht mehr froh werden zu können, und daß sie deshalb Selbstmord begangen werde. Wert-würdigerweise hat sich ihre Schwester diesem Abschiedsbrief nicht angeschlossen. Auch in der Familie der Schwestern Weber findet man keine rechte Erklärung für die unglückliche Tat. Man weiß allerdings, daß die Schwestern über den Wegzug einer dritten, älteren Schwester aus der elterlichen Wohnung sehr erregt waren und daß sie, was man nicht sehr ernst nahm, dabei auch dem Vater mit Selbstmordabsichten drohten. Es scheint beinahe, daß die beiden, trotz aller Lebenslust, etwas tiefinnig und romantisch veranlagten Schwestern durch ein Mißgeschick, daß die ältere Schwester mit ihrem Verlobten betrogen hatte, stark betroffen waren, wobei allerdings recht rätselhaft erscheint, weshalb gerade sie aus dem Leben schießen. Nach anderen Mitteilungen haben auch Verhältnisse im Elternhause alle drei in weilschmerzliche Stimmung verlegt. Bei einer Stiefmutter sollen die beiden Schwestern nicht jenes Verständnis gefunden haben, das ihre richtige Mutter, die vor kurzem der Tod ertötete, ihnen entgegengebracht hatte. Unruhige Verhältnisse werden auch im Falle der Frieda Schöffow vermutet, mit der die beiden Schwestern ein enges Freundschaftsverhältnis verband. Es ist aber anzunehmen, daß das Verhängnis, das die drei jungen Mädchen in den Tod trieb, noch andere und tiefgehendere Rollen gehabt haben muß. Eine Klärung darüber wird wohl, nie erfolgen.

Die Leichen der beiden anderen Mädchen, also der Dorothea Weber und der Lotte Schöffow, sind noch nicht gefunden. Ob sie noch in der Nähe der Stelle liegen, an der die Belebungsarbeiten ins Wasser gingen, ist fraglich. Der Spreelauf, der vor Rahnsdorf her in einem Bogen durch den Müggelsee geht, kommt oberhalb der Wasserwerke des Fischereianstalts und der Seegelhafenanstalt näher an das Nordufer heran. So ist es leicht möglich, daß der Strom die Leichen bereits erfährt und sie schon weiter abgetrieben hat.

Eine Engelmacherin.

60 Kinder ermordet und verkränkt.

Warschau, 14. Januar. (Ill.) In Bialystok wurde eine Frau verhaftet, die 60 Kinder ermordet und nachher verkränkt hatte. Sie nahm die Kinder in Verpflegung und ließ sich für jedes Kind eine bestimmte Summe zahlen. Die Mütter wurden hinsichtlich der Unterbringung der Kinder betrogen, indem ihnen gesagt wurde, daß sich die Kinder auf dem Lande befänden.

Patronenexplosion in einer Polizeibaracke.

Ein Beamter durch ein Fenster geschleudert.

Sachsenhausen, 14. Januar. (W.F.) Heute vormittag explodierte in einer von Schuppolizei belegten Baracke auf dem Flugplatz Sachsenhausen wahrheitsgemäß durch Selbstentzündung eine Kiste mit Leuchtpatronen. Die Wirkung war gewaltig, obwohl die Kiste nur 20 Patronen enthielt. Der Sachschaden ist sehr groß. Zwei Schuppolizeibeamte, die sich an der Explosionsstelle befanden, trugen stark blutende Verletzungen davon, während ein in einem Nebenzimmer befindlicher Beamter durch den Luftdruck aus dem Fenster geschleudert wurde. Der Beamte wurde mit leichten Verletzungen ebenfalls dem Krankenhaus überwiesen.

Zuchthausurteil im Hochverratsprozeß.

Leipzig, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag begann vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen den Bauarbeiter Karl Rief aus Sachsenhausen, Kreis Ebersdorf, und wurde nach an demselben Tage beendet. Der Angeklagte wurde beschuldigt, im Jahre 1925 und 1926 in Rief und mehreren Oden der dortigen Umgebung hochverräterische Unternehmen gefördert zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei ihm kleinere Mengen Sprengstoffe und Munition gefunden. Rief galt als militärischer Leiter der R.P.D. in dem dortigen Bezirk. Der Angeklagte bestritt, sich einer Beihilfe des Hochverrats schuldig gemacht zu haben. Er wäre nur ein einfaches Mitglied der R.P.D. gewesen und hätte die wenigen Sprengstoffe, die auf der Baustelle herumgelegen hätten, für seinen Privatbedarf mit nach Hause genommen. Das Gericht bezweifelte die Angelegenheit als einen besonders schweren Fall und verurteilte Rief wegen Vergehens nach § 7 des Reichsverfassungsgesetzes und § 6 des Sprengstoffgesetzes und Rückfallbetrugs zu zwei Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe.

Sport.

Degrade-Thollebeck weiter in Führung.

Die dritte Nacht.

Die Nachmittagswertungen des Freitag finden im Vollen einer verhältnismäßig starken Sportgenosse statt. Die Sports bringen weiter keine aufregenden Momente. Zu erwähnen ist, daß Marek um 1/4 Uhr nachmittags wegen der sich in der 17. Stunde bei einem Sturz zugezogenen Hüftverletzung das Rennen aufgibt. Manthey fährt als Erbsmann weiter. Nach den Wertungen ergibt sich, daß das bisherige Führerpaar Degrade-Thollebeck mit 107 Punkten keine Position nach wie vor behauptet. An

Funkwinkel.

Der gute und auch aus weiten Gesichtspunkten erworbene Vortrag „Die berufstätige Frau“ der Dia-Klassen charakterisierte die Einstellung des Rundfunks. Man beschränkt sich allein auf die bürgerliche Sphäre. Sehr hübsch, wenn auch nicht besonders original, behandelt Dia Wfen die Änderung in der Anschauung des Bürgertums gegenüber der berufstätigen Frau. Sie zeigt, wie veraltet und im Grunde dumm es ist, daß z. B. heute noch ein junges Mädchen zuerst Kunstgewerblerin wird, bevor sie in einen Modellsalon tritt. Dies ist nichts weiter als eine überflüssige Konzession an die Vergangenheit. Das alles wird eindrucksvoll gezeigt, aber mit keinem Wort wird die berufstätige proletarische Frau erwähnt. Wenn man sich schon schriftlich bekennt, warum bewegt man sich denn nur in so eng gezogenen Kreisen? Dr. Jakob Frohmer behandelte den Entwicklungsweg des großen Philosophen Spinoza und deutete die Stellung Lessings und Goethes, diesem freistellen und konsequentesten Denker gegenüber an. Da es sich hier nur um das Leben Spinozas und um seine religionskritischen Irrtümer handelt, kann der Vortrag ohne Schwierigkeiten allgemeinverständlich gehalten werden. Leider ist Dr. Frohmer vor dem Mikrophon kein Redner. Direktor S. Sammler suchte in seinem Vortrag „Das Versicherungswesen, ein oft verkannter Wirtschaftsfaktor“ auf dialektischem und historischem Wege das Interesse des Hörers für die seit der Inflation in Unkenntnis geratenen Versicherungen zu wecken. Das Nachmittagskonzert sucht ausgefahrene Gleise, aber der erste Teil des Abendprogramms ist Beethoven gewidmet. Das Partezio spielt das Klaviertrio Opus 1 in E-Dur, in dem Beethoven noch auf Haydnischen und Mozartischen Pfaden wandert und das herrliche „Geflücht“. Die Interpretation zeigt großes Format. Das Programm wird dann mit „Lustigen Weisen“ beendet. S.

Keine Einladung zum Ball?

Selbst mit dem entzückendsten jungen Mädchen will niemand tanzen, wenn ihrem Munde unreiner Hauch entströmt. Und niemand wagt ihr das zu sagen.

Eine kräftige Mundspülung mit

ODOL

verbürgt frisch-duftenden Atem.

weiter Stelle liegen von Kempen-Bauer mit 90 Punkten vor Mac Ramona-Tieg mit 62, Buschhagen-Frankenstein 50, Koch-Rielens 44 und Tonani-Lorenz 41 Punkten. Eine Runde zurück: 7. Goossens-Stadeland 37 und 8. Bambli-Bacquehay 18 P. Zwei Runden zurück: 9. Petri-Junge 50 P. Drei Runden zurück: 10. Seifert-Rühlbach 27 und 11. Raufsch-Hürtgen 11 P. Vier Runden zurück: 12. Behrend-Stupinski 32 P. Manthes-Erfahmann.

9 Uhr abends. Die große Arena füllt sich. — Resultate: von Kempen-Bauer und Petri-Junge erhalten je eine Straf- runde wegen schlechter Ausbildung. Seifert-Rühlbach kommen mit einer Verwarnung davon. Bischoff mußte das Rennen auf kurze Zeit neutralisiert werden, um die aus dem Reihenfolge her- vorstehenden Mängel zu beseitigen. Endlich ertönt die Glocke zur 10. Uhr-Richtwertung. (Das Feld hat jetzt 1284/080 Quome- ter.) von Kempen holt sich den ersten Spurt sicher vor Tieg, Rielens und Bacquehay. Brillant holt sich Goossens den zweiten gegen Bauer, Stupinski und Bambli. In seiner bekannten Manier holt von Kempen den dritten Spurt unter leb- hafter Aufmerksamkeit des Hauses gegen Stadeland, Frankenstein und Lorenz. Goossens ist wieder der Mann im vierten Spurt. Auf den Wägen Tonani, Buschhagen. Nachdem eine erfolglose Jagd im nächsten Spurt von Kempen vor Petri, Stadeland und Behrend. Goossens dominiert im sechsten Spurt gegen Stupinski, Bambli und Rühlbach, während im siebenten wieder von Kempen die Spitze hält vor Petri, Behrend und Tieg. Tonani im achten Spurt vor Thomsbeck, Junge und Raufsch. Im vorletzten wieder der Holländer vor Rielens, Lorenz und Degroene. Und endlich im letzten Goossens vor Junge, Tonani und Raufsch.

Wieder nur fünf Spitzenpaare.

Der Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Wer- tung ist nun folgender: Spitze: Degroene-Thomsbeck 111, 2. Mac Ramona-Tieg 66, 3. Tonani-Lorenz 54, 4. Buschhagen-Frankenstein 54, 5. Koch-Rielens 50 Punkte. Eine Runde zurück: 6. von Kempen-Bauer 118 Punkte (infolge der Straf- runde aus der Spitze- gruppe ausgeschlossen), 7. Goossens-Stadeland 82, 8. Bambli-Bacque- hay 22 Punkte. Drei Runden zurück: 9. Junge-Petri 61, 10. Sei- fert-Rühlbach 28, 11. Raufsch-Hürtgen 13 Punkte. Vier Runden zurück: 12. Behrend-Stupinski 40 Punkte, Manthes-Erfahmann.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einforderungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten. Zeitungskommission Groß-Berlin! Heute, Sonnabend, den 15. Januar, abends pünktlich 7 Uhr, versammeln sich die Arbeitsleute zur Besichtigung der Bornmärts-Druckerel, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1 Treppe links.

1. Kreis-Habing, Sonntag, 17. Januar, 6 1/2 Uhr, im Schiller-Saal, Jung-Eds. Ritterschule, Kreis-Verbandsversammlung. Um 7 Uhr abends Regional-Verbandsversammlung. Beiträge: Wohnungs- und Ritterschule, Kreis-Verband, Kreis-Verband, R. d. R. Um pünktliches und zahl- reiches Erscheinen wird wegen des aktuellen Themas dringend erbeten.

Sonntag, 16. Januar: 80. K.M. Reichsa. Sonntags 10 Uhr außerordentliche Sitzung des Vor- standes und aller Verwaltungsausschüsse bei Frau, Prinz-Bader-Str. 73. Genossinnen und Genossen, erbeten pünktlich! 88. K.M. Reichsa. Die zum Sonntag, 16. Januar, angelegte Zusammen- kunft der Genossen von der Groß-Berliner Kreis- und Bezirks-Verbands- Arbeit am Sonntag, 16. Januar, im Hotel „Reichsa.“ sonntags 10 Uhr statt. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Jungsozialisten. Gruppe Kierpitz: Kreis, Sonnabend, 15. Januar, Gruppenversammlung 8 Uhr im Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr, Treffen zur Besichtigung der Bildung der Kreis- und Bezirks-Verbands- Arbeit am Sonntag, 16. Januar, im Hotel „Reichsa.“ sonntags 10 Uhr statt. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Sonntag, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Konferenz der Referenten der Bildungsarbeit, Bezirksreferenten und Al- ternativen im Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet. Eine Ausgabe von Büchern findet statt. Aufhänger: Kreis, Jugendheim Reichsa. Str. 6, Einführungsabend. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Genossen, die am 15. mitwirken wollen, erscheinen heute abend zur Probe. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet.

Morgen, Sonntag, 16. Januar:

Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Sonntag, 16. Januar, 10 Uhr, Genossin- nen, die am 15. mitwirken wollen, erscheinen heute abend zur Probe. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet.

Verbands-Referenten: Delegiertenkonferenz 3 Uhr in der Schiller- straße. Bezirks-Referenten: Delegiertenkonferenz sonntags 10 Uhr im Hotel „Reichsa.“, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1 Treppe links. Kreis-Referenten: Kreis-Referentenkonferenz am Sonntag, 16. Januar, im Hotel „Reichsa.“, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1 Treppe links.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin 514, Schützenstr. 37/38, Hof 2. Kreis-Referenten: Kreis-Referentenkonferenz am Sonntag, 16. Januar, im Hotel „Reichsa.“, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1 Treppe links. Kreis-Referenten: Kreis-Referentenkonferenz am Sonntag, 16. Januar, im Hotel „Reichsa.“, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1 Treppe links.

Blumenhilfe: Kreis, Nordheim Bureau, Sonntag, 16. Januar, 10 Uhr, Genossin- nen, die am 15. mitwirken wollen, erscheinen heute abend zur Probe. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet. — Kierpitz: Kreis, Nordheim Bureau, Eds. Ritterschule, Kierpitz, 14. Januar, Sonntag, 9 Uhr als Arbeitsratum eröffnet.

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater, Opernhaus, Platz a. d. Republ. 8 Uhr: Wozzeck. Schauspielhaus, 8 Uhr: Lulu. Schiller-Theater, 8 Uhr: Wallensteins Lager. Piccolomini. Städtische Oper, Charlottenburg, 7 1/2 Uhr: Geschlossene Vorstellung. Margarethe. Deutsches Theater, Norden 10334-37, 8 Uhr: Heidenrath v. Gneisenau. Kammerspiele, Norden 10334-37, 8 Uhr: Ollapotrda. Letzte Aufführungen, Die Gefangene. Die Komödie, Bismarck 2414, 7514, 8 Uhr: Letzte Aufführungen. Letzte Aufführungen, Die Gefangene. Die Komödie, Bismarck 2414, 7514, 8 Uhr: Letzte Aufführungen.

Pola Negri in HOTEL STADT LEMBERG. Einer der stärksten Filmserien, den Berlin jemals erlebt hat! Täglich 5, 7, 9 1/2 Uhr. Zahlen Sie keine Ueberspreise bei wilden Billetthändlern! Vorverkauf für 7 Tage im voraus im Gloria-Palast u. an allen Theatern kassen von A. Wertheim. Benutzt Sie das ermäßigte Ufa-Theater-Scheckbuch. GLORIA-PALAST.

Trianon-Theater, Täglich 8 1/2 Uhr, Der 37. Lacherfolg Dr. Stieglitz mit Liebe u. Ebelbacher. Gr. Schauspielhaus, Tägl. 8 1/2 Uhr, Von Müllers Zu Müllers. Rose-Theater, 8 Uhr, Das tapferste Schneefeldchen. Zentral-Th., Täglich 8 Uhr, Der große Operenerfolg! Der Trompeter vom Rhein.

Wintergarten, Täglich 8 Uhr, Das Erbe des unbekanntesten Soldaten. Wintergarten, Täglich 8 Uhr, Das Erbe des unbekanntesten Soldaten.

Otto Gebühr in Die Sporckschen Jäger. 5 1/2, 7 1/2, 9 1/2. Phoebus-Palast Europa-Haus. Reichshallen-Theater, Abends 8 Uhr u. Sonntag pacem, 3 Uhr, Stettiner Sänger. CASINO-THEATER, Ein Tag im Paradies! Wallner-Theater, Tägl. 8 1/2 u. Sonntag 3 1/2 Uhr (AL. Preise), die erfolgreiche Schlagoperette Das blonde Wunder. Metallbetten, Stahlmatten, Kinderbetten, Eisenmöbel.

Berliner Uik-Trio, Neukölln, Lehstr. 74/75. Albert Springare, Großgarage und Tankstelle, Tag und Nacht geöffnet, Auto-Reparatur-Werkstatt, Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376, Lothringer Str. 107, Ecke Lindenstraße 14, am Prenzlauer Tor.

Neue Welt, A. Scholz, Hasenheide 108-114, Sonnabend, 15. Januar, sowie täglich: Bockbierfest in den bayr. Alpen, 8 Kapellen, Neue Dekoration, 30 bayr. Madi und Großer Alpenball, gntals 6 Uhr, Anfang 7 Uhr, Vorantritt: Sonntag, 16. Januar 1927: Bockbierfest und Gr. Alpenball, Dienstag, den 16. Januar 1927: Preisverleihung des besten Rosenkranzes.

Eckstein Gold für 4 eine gute Zigarette! Bisher: Eine Zigarette zum Preise von 4 Pfennig begegnete nicht dem vollen Vertrauen des urteilsfähigen Rauchers. Entweder — so lehrte ihn seine Erfahrung — ist der Geschmack der billigen Zigarette unbefriedigend oder zumindest, die Verpackung unansehnlich und nicht haltbar. Künftig: Grundlegende, übrigens technisch sehr interessante, Neuerungen im Herstellungsverfahren der Kartonnagen ermöglichen eine bessere Gestaltung der Schachteln, die bei eleganterem Aussehen besonders zweckent- sprechend sind. Oberdies bringt die neue Arbeitsweise wesentliche Einsparungen. So steht jetzt auch bei der 4-Pfennig-Zigarette für Tabak ein zulänglicher Betrag zur Verfügung und gestattet die Bereitung einer wohl- schmeckenden, milden Zigarette. Die hierfür unbeding- t nötigen, hochwertigen Tabake können bei der Mischungs- bereitung in hinreichendem Umfang hergestellt werden. Daher: Raucht Eckstein Gold 25 Stck. zu 1 Mk.

Die Stromlieferung an die Reichsbahn

Ein Vertrag auf 12 Jahre. — Wirkungen für die Berliner Elektrizitätswirtschaft.

Die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen ist auf dem Marsche. Der elektrische Zugbetrieb wird eingeführt, um die Leistungsfähigkeit der Bahn hinsichtlich der zu befördernden Personen und hinsichtlich der Reisegeschwindigkeit zu erhöhen. Nach Verhandlungen, die fast ein Jahr ausfüllten, ist dieser Vertrag nunmehr ein Vertrag getätigt worden, der die Lieferung der elektrischen Energie für den Bahnbetrieb zum Gegenstand hat. Es ist das einer der bemerkenswertesten Stromlieferungsverträge, die je abgeschlossen worden sind, bemerkenswert nicht bloß wegen der Größe des Objekts, sondern auch wegen seiner Wichtigkeit für die Berliner Elektrizitätswirtschaft und damit für das Berliner Wirtschaftsleben im allgemeinen.

Ursprünglich hatte die Reichsbahn die Absicht, den Strom für den elektrischen Zugverkehr in

einem eigenen Kraftwerk

zu erzeugen. Sie hatte diesen Plan in einer Veröffentlichung mitgeteilt, die im April v. J. in einer Fachzeitschrift erschien. Das Kraftwerk sollte auf einem der Bahn gehörigen Gelände in nächster Nähe des Berliner Städtischen Großkraftwerkes Rummelsburg errichtet werden. Interessant an den Ausführungen der Reichsbahn war der Hinweis, daß sie wegen der größeren Betriebssicherheit es vorzöge, das Kraftwerk innerhalb Berlins zu errichten, statt die Energie aus einem Braunkohlkraftwerk über lange Hochspannungsfernleitungen herzuführen. Bekanntlich war einer der Hauptgründe für die Errichtung des Großkraftwerkes Rummelsburg das Bestreben, die Abhängigkeit der Stadt von der Stromlieferung durch die langen Fernleitungen der Kraftwerke zu vermindern. Es sind das Erwägungen, wie sie aus den Kreisen des Gasfaches ähnlich jetzt wieder gegen den viel erörterten Plan der Gasfernversorgung Berlins von dem Ruhrgebiete her geltend gemacht werden.

Das Vorhaben der Reichsbahn, für ihre Zwecke ein eigenes Kraftwerk zu errichten, stieß auf den einmütigen Widerstand der gesamten öffentlichen Meinung. Sehr wirksam betätigte sich an diesem Widerstande die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Durch eine Anfrage an den Magistrat brachten unsere Genossen das gesamte Problem der Bahnstromlieferung auf der Tribüne des Rathauses zur öffentlichen Erörterung. Es folgten dann Verhandlungen zwischen der Reichsbahn auf der einen Seite und den Elektromertern sowie der Bewog auf der anderen Seite. Die Elektromerter liefern an die Stadt Berlin Fernstrom auf Grund eines Vertrages vom Jahre 1917, der noch heute in Kraft ist und bis 1932 läuft. Dieser Vertrag ermächtigt die Elektromerter, Reichsbahnstrom — ein solcher ist die Reichsbahn — innerhalb Berlins von sich aus mit elektrischer Energie zu versorgen. Wenn die Bewog, trotz der Ungunst dieser vertraglichen Verhältnisse, es dennoch durchgesetzt hat, an der Stromlieferung für die Stadtbahn zur Hälfte beteiligt zu werden, so ist das ein

großer Erfolg der Bewog.

Ein Erfolg, der freilich nur dadurch ermöglicht wurde, daß die orts-

anwesenden Berliner Kraftwerke von der auf höchste Betriebssicherheit angewiesenen Reichsbahn nicht übergangen werden konnten.

Die Bahn, die Elektromerter und die Bewog einigten sich schließlich auf einem Preisniveau, das unterhalb desjenigen liegt, zu dem die Bewog von den Elektromertern auf Grund des vorerwähnten Vertrages von 1917 beliefert wird. Die Bewog konnte diesen niedrigen Preis überhaupt nur im Hinblick auf das in Ausführung befindliche Großkraftwerk Rummelsburg annehmen. Der jetzt mit der Bahn abgeschlossene Stromlieferungsvertrag läuft vom 1. Januar 1929 bis 31. Dezember 1940, also auf 12 Jahre. Die Bahn ist jedoch berechtigt, schon im Jahre 1928 gewisse Strommengen zu beziehen. Die Stromlieferung wird zwischen der Bewog und den Elektromertern hälftig geteilt. Die Uebergabe der Energie erfolgt an zwei Punkten der Stadt, von denen einer (Eichtamp) im Westen, der andere (Markgrafendamm) im Osten belegen ist. Jeder der beiden Uebergabepunkte ist sowohl mit dem Reize der Bewog als auch mit dem der Elektromerter verbunden. Es ist also für eine hohe Sicherheit der Stromlieferung gesorgt. Der Vertrag sieht nach Vollendung der Elektrifizierung des gesamten Reges der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen eine

garantierte Mindestabnahme

seitens der Bahn von 50 000 Kilowatt bzw. 150 Millionen Kilowattstunden im Jahre vor. Die tatsächliche Abnahme dürfte größer werden. Die Bewog hätte hieron die Hälfte, d. h. rund 25 000 Kilowatt, zu stellen. Das ist nicht viel, wenn man rechnet, daß die Berliner Städtischen Kraftwerke in diesem Jahre, nach Vollendung des Großkraftwerkes, über eine eigene Maschinenleistung von mehr als 400 000 Kilowatt verfügen werden.

Der in dem Vertrage vorgesehene niedrige Strompreis läßt der Bewog keinen großen Nutzen am Strompreis. Trotzdem wird die Bewog aus der Stromlieferung an die Bahn mancherlei Vorteile ziehen. Die Bahn hat als Stromabnehmer, wie übrigens alle anderen Stromabnehmer ebenfalls, zwar ihre unangenehmen, aber auch ihre angenehmen Seiten. Unangenehm ist, daß die Bahn mit ihrem Betriebe in die Spitzen des Belastungsdiagramms hineinsinkt und dadurch die Belastungsspitze vergrößert. Angenehm ist, daß die Bahn einen fast ununterbrochenen Betrieb hat. Denn auch während der nächtlichen Betriebspause, d. h. von etwa 2 Uhr bis 4 Uhr morgens, findet noch eine gewisse Stromabnahme für Bahnhofs- und Streckenbeleuchtung, für Rangierzwecke, für Revisionen und dergleichen statt. Angenehm ist auch der starke Verkehr der Stadtbahn und damit ihr starker Strombedarf an den Sonntagen im Sommer. Die Sommerfeste sind, wegen des Stillstandes der industriellen und geschäftlichen Betätigung und wegen des Ausfalles der Beleuchtung, die tote Saison der Elektrizitätswerte. Da bedeutet ein großer Abnehmer wie die Stadtbahn eine willkommene Ausnutzung der Betriebsanlagen. Die Stadtbahn hilft, die Spitzen des großen Betriebes der städtischen Elektrizitätswerke zu decken, sie ermöglicht die weitere Rationalisierung der Berliner Elektrizitätswirtschaft und trägt so zu ihrem Teile dazu bei, die Gestehungskosten der Berliner Stromerzeugung weiter zu ermäßigen. Dr.-Ing. W. Wajerczik.

entweicht, was aus verschiedenen Gründen nicht gänzlich ersicht. — Da im abgelaufenen Jahr der geringe Produktionsgewinn durch Unkosten usw. völlig aufgezehrt wurde und sich erhebliche Abschreibungen auf die bisher zu hoch bewerteten Anlagen erforderlich machten, wurde eine Kapitalzusammenlegung auf die Hälfte des bisher 10,5 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals vorgenommen, so daß nunmehr der 2,48 Millionen Mark betragende Verlust aus den durch die Kapitalermäßigung ein 5,25 Millionen Mark freierwerdender Betrag buchmäßig getilgt werden kann.

Weiteres Steigen der Roheisenerzeugung im Dezember. Der Monat Dezember weist nach den Feststellungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abermals eine beträchtliche Steigerung der Roheisenerzeugung auf. Die Gesamtgewinnung stellt sich im Dezember auf 1 064 791 Tonnen gegenüber 983 298 Tonnen im Vormonat. Die Gesamtproduktion 1926 bleibt aber infolge der Sommerkrise immer noch gegen das Ergebnis des Vorjahres zurück. Sie stellt sich 1926 auf 9 643 519 Tonnen gegenüber 10 176 699 im Jahre 1925. Die Zahl der Hochöfen betrug für den Stichtag des 31. Dezember 1926 rund 206. Davon waren 109 in Betrieb und 18 gedämpft. Im Anfang 1926 waren 211 Hochöfen vorhanden (davon 84 im Betrieb und 30 gedämpft). Die arbeitstäglige Leistungssteigerung gegenüber dem Monat November beträgt 8,3 Prozent.

Spekulationserhöhung für den Realcredit. Auf Vorschlag des Sonderausschusses für Hypothekendarlehen ist die Vergütung für den Betrieb von Pfandbriefen neuerdings mit Wirkung vom 15. Januar 1927 ab auf 1 Prozent herabgesetzt worden. Diese Herabsetzung kommt der billigen Verzinsung mit Realcredit zugute, die durch die bisherigen 2- und 1½prozentigen Bonifikationstexte wurde. Auch für die Abgabe größerer Pfandbriefsendungen mußten die Bonifikationen noch gesenkt werden.

Kapitalerhöhungen bei Privatbanken. Der Berliner Bankverein hat nach dem Beispiel mehrerer Berliner Großbanken beschlossen, sein Aktienkapital von 21 Millionen um 12 auf 33 Millionen zu erhöhen. 5 Millionen davon werden von einem ausländischen Konfinkonfirmatorium übernommen. Bei der Commerz- und Privatbank Berlin steht ein Kapitalerhöhungsbefehl auf 18 Millionen in den nächsten Tagen bevor. Die Banken haben aus dem Bilanzjahr 1926 hohe Gewinne zu verzeichnen. Die Vorzüge, die für 1926 nicht ausgeschütteten Gewinne in der Zukunft auf ein größeres Kapital zu verteilen und so den Dividendenbesitz zu verfeinern, dürfte vernünftig sein. Die Öffentlichkeit wird dennoch an diesen Kapitalerhöhungen nicht vorübersehen.

Gasfernversorgung. In der Vollversammlung der technischen Ausschüsse des Reichsrohstoffrats am 25. Januar im Ingenieurhaus zu Berlin steht als zweiter Punkt der Tagesordnung ein Bericht zur Frage der Gasfernversorgung des Generaldirektors Dr. Bött von der A.-G. für Kohlenverwertung zur Diskussion.

Französisch-englische Industrieerörterungen. Den Verhandlungen des Verbandes britischer Industrie und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie werden nunmehr ähnliche Verhandlungen zwischen der englischen und der französischen Industrie folgen. Die Verhandlungen sind für März in Aussicht genommen und haben ebenfalls den Zweck, Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern. Vor einiger Zeit hat Bücher vom Reichsverband der Deutschen Industrie darauf hingewiesen, daß man mit Verhandlungen mit ausländischen Industrien zurückhaltender sein müsse. Ob Herrn Bücher die jetzt von der englischen Industrie in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Frankreich bei dieser Beurteilung schon bekannt waren, steht natürlich dahin.

Sparkassen und Diskontermäßigung.

Keine Ueberorganisation im Sparkassentwesen.

Wie wir mehrfach dargelegt haben, ist die zukünftige Zinspolitik der Sparkassen für die Auswirkung der kürzlich erfolgten Diskontermäßigung der Reichsbank in der deutschen Kreditwirtschaft von erheblicher Bedeutung. Dazu erfahren wir, daß man in der deutschen Sparkassenorganisation der Auffassung ist, daß die Einlagezinsen, die von den Sparkassen vergütet werden, grundsätzlich nicht weiter herabgesetzt werden sollen, da nach der Meinung dieser Organisation die gegenwärtige Zinsvergütung bereits jene Grenze erreicht habe, die ohne Gefährdung der Sparfähigkeit nicht unterschritten werden darf. Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß die Sparkassen und Zentralstellen für die Kreditgewährung der Diskontsenkung um ein Prozent vollen Ausdruck geben werden. Dieses Verhalten der Sparkassen ist außerordentlich zu begrüßen, weil im Gegensatz zu den Privatbanken die Diskontsenkung dadurch eine Verkürzung der Zinsspanne um ein volles Prozent zur Folge hat und die Konkurrenzfähigkeit der Sparkassen unvermindert fortbesteht.

In diesem Zusammenhang außerordentlich interessant ist eine Veröffentlichung der Sparkassenkorrespondenz, in der nachgewiesen wird, daß im Vergleich mit dem Jahre 1913 bis Mitte 1926 eine Verminderung in der Zahl der deutschen Sparkassen um 134 Betriebe eingetreten ist. Ebenso hat sich die Zahl der Sparkassen-Nebenstellen gegenüber 1913 um 112 Betriebe verringert. Bekannt ist, daß auf der anderen Seite die Zahl der privaten Banken und der Filialen, insbesondere der Großbanken sich vervielfacht hat. Wenn die deutschen Sparkassen in der Lage sind, schon seit der Währungsstabilisierung, also seit über drei Jahren, sich mit einer bedeutend kleineren Zinspanne zu begnügen als die Privatbanken und darüber hinaus den Privatbanken erfolgreich Konkurrenz zu machen, so hat das offensichtlich darin seinen Grund, daß trotz der Erweiterung des Sparkassengeschäftes jede Ueberorganisation unterblieben ist.

In der gleichen Korrespondenz werden auch Mitteilungen über die Anlagepolitik der Sparkassen gemacht. Danach waren Mitte 1926 540 Millionen Reichsmark im langfristigen Hypothekendarlehen, außerdem 1090 Millionen in langfristigen Krediten gegen hypothekarierte Sicherheit angelegt. Insgesamt waren also 1640 Millionen oder annähernd 70 Prozent der Sparanlagen langfristige begeben. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Sparkassen auch bei einer ausgedehnten Verflechtung des langfristigen Kreditgeschäftes sehr wohl in der Lage sind, mit niedrigeren Zinsgewinnen hauszuhalten als die Privatbanken, die bekanntlich aus der Sparkassent Konkurrenz in der Ausleihung kurzfristiger Kredite den Sparkassen einen Strich zu ziehen versucht haben.

Erfolge der RGS.

Vier Millionen Mark Monatsumsatz.

Im Dezember 1926 überschritt der Monatsumsatz der Konsum-Genossenschaft Berlin beträchtlich die Ziffer von 4 Millionen Mark. Der Umsatz von 4 179 873 M. stellt eine Spitzenleistung dar, die um so bemerkenswerter ist, als die Dreimillionengrenze erst vor einem reichlichen Jahr, im Oktober 1925, erreicht wurde; die Steigerung gegenüber dem Dezember 1925 beläuft sich auf 731 869 Mark = 21,22 Proz. Nach diesem außerordentlich günstigen Ergebnis ist daran nicht zu zweifeln, daß der Umsatz des Geschäftsjahres 1926/1927 mindestens 40 Millionen Mark betragen wird. Die Mitgliederzahl hat im Dezember ebenfalls eine weitere Steigerung erfahren und zwar um 1789 auf 143 657. Der Bestand der Sparkasseneinlagen hat sich um 276 174 M. auf 12 724 443 M. erhöht, was gegenüber den Barmonaten zwar eine verringerte Zunahme bedeutet, aber durch die Abhebungen und Wiedereinzahlungen um die Weihnachtszeit leicht erklärlich ist.

Ungünstige Handelsbilanz Englands.

Ein Bericht des Handelsamtes zeigt die zerstörenden Folgen des Einleges der englischen Jachtherrn auf die Ausfuhr und Einfuhr Englands. Die Ausfuhr für das vergangene Jahr betrug 121 ½ Millionen Pfund Sterling weniger (243 Millionen Mark) als im vorhergehenden Jahre. Ihr Gesamtbetrag belief sich auf 652 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr zeigte eine Abnahme von 78 Millionen Pfund Sterling und ihr Gesamtbetrag belief sich auf 1243 Millionen Pfund. Von den Hauptgruppen zeigte die Kohle eine Ausfuhrverminderung von 30 Millionen Pfund, Baumwollgarne und -waren von 45 Millionen, Eisen und Stahl von 12½ Millionen. Die Ziffern für den Rohlenmarkt im Dezember geben ein Bild von der außerordentlich schnellen Erholung dieses Marktes. Die Kohlausfuhr im Dezember betrug nämlich 1 609 000 Tonnen gegenüber 3900 Tonnen im November.

Von der Liquidation des Stamm-Konzerns. Die zum Stamm-Konzern gehörende Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G. in Werne bei Bielefeld hat nach im Jahre 1924 zu dem alten Besitz in Werne, Langendreer und Aplerbeck die Draht- und Hanffellerei und Jute- und Spinnereifirma vorm. Troitzsch in Berlin-Tempelhof hinzuerworben. Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in der Schwerindustrie, die seit Mitte 1925 immer schärfer hervortraten und bald nach dem Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns auch den Stamm-Konzern ergriffen, wurde zunächst das Werk Aplerbeck (Hochöfen, Stahl- und Walzwerk) stillgelegt, dann der Betrieb Tempelhof stillgelegt und verkauft und endlich die Aktienmehrheit der Gesellschaft von Stamm an die Vereinigte Stahlwerke A.-G. verkauft. Der neue Mehrheitsaktionär postulierte sodann die gesamten Betriebsanlagen der Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G. und hielt den bisherigen Rahmen der Gesellschaft

Ein Wink aus New York!



Die Schriftstellerin Louise Diel, New York, schreibt in der „B. Z. am Mittag“:

„Das Kaufen gibt dem überarbeiteten, im Strudel von jagenden Autos und Bahnen ermüdeten Menschen Abkühlung und Beruhigung und erfüllt somit einen guten Zweck. Es ist besonders wertvoll, wie besonnen und sicher der Amerikaner in diesem Verkehrsgelächter bleibt — leichtcharakterig müßte er halb verrückt werden —. Der viel geschollene Kaugummi hilft ihm, mit seinen Nerven Blitzeblitz und Besinnung, nimmt die Unruhe fort und gibt ein gewisses rhythmisches Phlegma.“

Päckchen — 4 Stück — 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY
P.K. KAUBONBONS
WRIGLEY A.G. FABRIK: FRANKFURT a. M.

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Chlorodont

Kleine Tube Mark — 60. große Tube Mark 1—

Die Chlorodont-Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, entfernt häufig gefärbten Zahnbelag, beseitigt unangenehmen Mundgeruch.

Die Züchtigung.

Von Oskar Wöhle.

Das war in Burscher, als wir noch in die Christenlehre gingen, da war ein Mädchen da aus Blodfen, eine Doktorstochter, die war so schön, daß selbst die frechsten und lärmigsten unter uns Buben still und dufma wurden, wenn sie nur zur Tür hineinkam. So groß war ihre Gewalt. Alles war froh über ihre Gegenwart. Sogar der Pfarrer Bleh, der sonst über sieben Berge daherschrillte und eine ausgefaugte, ausgewetterte Stimme hatte, als ob er Rostnecht auf der „Kinderzunge“ wäre und keineswegs sanfter Gärtner im Weinberge des Herrn, selbst der bekam Del in seine Rede und Manierlichkeit, wenn er das Doktormädel sah. Sein Reerrühr, sein spanisches, das wir ärger fürchteten als die vom Jungfrauenverein seine Sonntagspredigten, ließ er erst laufen, wenn die Rent draußen war; denn die mußte in jeder Christenlehrestunde zehn Minuten eher fort, weil der Mittagszug so ungeschickt ging.

Das war jedesmal ein Schreck für uns, wenn sie ihre Sachen zusammenpackte und aufstand. Zwar war es ein kleines Zeit, zu hören, wie ihr Sitz gegen die Rücklehne hochschnellte, und wir renkten die Hälse türwärts, um sie fortgehen zu sehen, und nachher, wenn wir sie nicht mehr sahen, sondern nur noch hörten, spitzten wir die Ohren wie Karregäule, daß uns ja kein Klapp verloren ging von ihren Schuhen auf den heillosen Steinfliesen draußen. Aber mitten in dieser unschuldigen Freude kälte uns der Schreck: wir wußten, sobald sie über den Hof war, verschwunden in die Mülhauener Straße, da ließ der Bleh alle But aus, die er unferstwegen angespeichert hatte, und das war nicht wenig; denn die Silos seiner Pfarrersseele waren riesengroß und hatten immer Ueberfluß an mißvergäulter Baune. Zudem schrieb der Herr eine Handschrift, die so deutlich war, daß man sie gar oft noch tagelang hinterher in blauen Striemen und vielfarbigen Rosen an der Rückenwand und noch weiter unten ablesen konnte. Sogar über die nackten Boden flüchte er uns.

Eines Tages aber — es ist mir noch wie heute — konnte er seine But selbst in Gegenwart Renis nicht mehr bemessern. Diesmal war ich der Sündenbock. Ich hatte nämlich auf seine Frage, womit denn die Gnade zu vergleichen sei, geantwortet: mit einem Kübel voll Wagenschmiere; denn wenn der Sündertarren bergabwärts rolle, der Hölle zu und dem Gescheuche des Fegefeuers, da ginge die Sache auch ungeschmiert; heringegen brauche man, falls der Wagen bergaufwärts leuche, also himmelan, recht viel von dem Gnadenmittel, um es auf die heißen, kreischenden Achsen zu schmierem, damit das Gefährt in Schwung bleibe und ohne Stodung. Diese Antwort, die ihm frech und gotteslästerlich erschien, ärgerte ihn so, daß er auf mich heranzuprügeln anfing, als ob ich gar kein Mensch sei, sondern eine große Jahrmarktstrolche, auf der der Biederhering seinen Rundscheitel einerschießt, daß man meint, es müsse das Fell plagen. Ich stand stumm und reglos. Ja, ich zog nicht einmal das Genick ein, um mich wenigstens vor den größten Schlägen zu ducken. Dieser Mut erwuchs mir nur aus der Unwissenheit Renis. Ich füllte förmlich, wie ihre Blicke an mir hingen. Einen Augenblick zwar war mir durchs Gehirn gefahren, ich sollte mich wehren und ihm eins gegen seinen dicken Bauch geben. Er wäre hingefallen, plump, nämlich wie ein gefüllter Rehlod; ich weiß es. Ich ließ es aber sein; der Geifer, But und Schläge gleichermassen speiende Mann war mir auf einmal viel zu unwichtig geworden. Als mir das Blut heiß aus der Nase sprach, kam es wie eine Befreiung von dumpfem, unerträglichem Druck über mich. So fuhr der Sturm meiner Seele durch die Adern nach außen, statt durch die Häute.

Erdlich ließ er von mir ab. Reuchend und schweißend vor Aufregung, wie ein Rehger, der frisch gemehgt hat, stand er da, mit fleischigen, haarigen Händen, die von meinem Blut über und über besudelt waren. Er wollte sie im ersten Augenblick an seiner Soutane abwischen. Dann belann er sich aber und ließ sich von dem Beierle in der vordersten Bank das Lehrerhandtuch hinter der Tafel geben, das er sonst nie anrührte. Während er dastand und sich die Hände abwischte, guckte er mich steif aus mit seinen Pflugbrücker-Augen, als ob er mich umbringen wollte. Ich sah ihn aber auch an, steifsaugig, über Minuten. Es war das reinste Duell. Die Klasse war still und hielt den Atem an. Jede Diele im Schulzimmer konnte man gicken hören. Da endlich hatte er genug. Er wick mein Blick aus und schickte mich hinaus auf den Hof an den Brunnen, um mich abzuwaschen.

Ueber dem kam die Rent heraus, die auf ihren Zug sollte. Sie hatte es aber nicht eilig wie sonst. Sie blieb bei mir am Brunnen stehen, guckte mir ins Gesicht und sagte: „Da hast du noch einen Blutspriker an der Stirn, und da auch noch einen!“ Und dann nahm sie ihre Hand, machte sie naß und wuschte mir die letzten Blutkrusten weg. Dann sagte sie: „Komm mit!“ und ging Hand in Hand mit mir zum Schulhof hinaus.

Am Rand, wo der Geifer sein Häuslein hat und die großen gelben Feueräder zieht, die sie bei uns Sonnenblumen heißen, hörte ich meinen Namen rufen. Mechanisch drehte es mir den Kopf zurück.

Da sah ich wie einen schwarzen Teufel den Pfarrherrn breit im Fensterrahmen des Schulzimmers stehen.

Wo kommt nur all' der Regen her?

Von Moriz Voeb.

Denn der Regen, der regnet jeglichen Tag. — Das Shakespeare-Zitat, so oft angewandt, scheint in diesen Tagen seine besondere Bedeutung zu bekommen. Es ist, als ob der Himmel seine Schleusen überhaupt nicht mehr schließen wollte; farbloses Grau kennzeichnet nun schon seit Wochen das Firmament, und an die Tage, da einmal die Sonne vom blauen Himmel strahlte, denkt man wie an ferne Zeiten zurück. In der Tat hat seit dem Beginn des Jahres 1927 die Sonne von weiten Teilen des Landes überhaupt noch nicht Rotz genommen; das gleichmäßig trübe Regenwetter entzieht sie unseren Blicken, und die tiefziehenden Regenwolken lassen überdies die Tage selbst zur Mittagszeit kaum recht hell werden.

Das ist unsere so unerfreuliche, aber die Regel bildende Winterregenzzeit. So mancher wird sich angesichts der unablässig einander folgenden Regentage vielleicht die Frage vorlegen, woher denn nun eigentlich das ergiebige Naß stamme, und nicht wenige werden diese Frage auch selbst mit der Antwort abtun können, daß eben der Atlantische Ozean uns von seinem Wasserüberfluß reichlich abgibt. Diese Antwort ist an sich durchaus richtig; doch die Dinge liegen nicht ganz so einfach, wie sie scheinen, und wie sie auch bis noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit den Meteorologen erschienen sind. Wer Art und zeitliche Verteilung der Niederschläge in den verschiedenen Jahreszeiten eingehender beobachtet, wird allmählich dahinterkommen, daß nicht ein Regenfall dem anderen gleicht, daß insbeson-

„Prinzessin Margarete“!



(Neben Harry Domela hat eine Hochzeiterin Martha Barth als „moranatische Gattin des Erkonprinzen“ (Erluter Gesellschaftstheie häpiert.)

Das ist einmal eine Links-Verbindung, für die alle Monarchisten sich begeistern —: eine prinzipielle Gattin zur linken Hand!

dere die Regensfälle der warmen Jahreszeit von denen in den Herbst- und Wintermonaten wesentlich verschieden sind. Tatsächlich kommt denn auch keineswegs jeder Regen auf die gleiche Art zustande. Die mit den atlantischen Zyklenen zu uns geführten dampfgesättigten Luftmassen verhalten sich im Winter wesentlich anders als im Sommer. Während der kalten Jahreszeit wird das Festland im allgemeinen von trägen, unbewegten, durch Ausstrahlung stark abgekühlten atmosphärischen Schichten bedeckt, die namentlich bei heiterem Hochdruckwetter wie ein riesiges Kaltluftkissen über dem Boden lagern. Je kälter diese Luftschicht ist, um so träger und unbewegter lagert sie dem Boden auf. Bilanzieren sich nun, meist vom Atlantik her, um bei dem Beispiel Mitteleuropas zu bleiben, in sehr aktionskräftigen Wirbeln warme Luftmassen in der Richtung nach dem Festland fort, wobei sie gemäß den Drehungsgesetzen der Luftzirkulation auf der nördlichen Halbkugel von Winden aus südwestlicher bis westlicher Richtung fortbewegt werden, so gleiten diese warmen Luftschichten infolge ihrer größeren Leichtigkeit schräg auf das Kaltluftkissen über dem Festland auf, wobei sich die Berührung der kalten mit der warmen Luftschicht zuerst in Gestalt von einformig grauer Bewölkung und Nebel zu erkennen gibt. Sobald die Abkühlung in der wärmeren Aufsteigsschicht zur Kondensation des in ihr enthaltenen Wasserdampfes führt, beginnt es zu regnen; ist die Abkühlung der wärmeren Schicht in der Höhe aber so stark, daß in ihr die Temperaturen alsbald unter dem Gefrierpunkt sinken, was stets dann der Fall zu sein pflegt, wenn die warme Schicht sehr rasch auf eine kalte Bodenschicht aufsteigt, so beginnt der Niederschlag in Gestalt von Schnee, um alsbald in Regen überzugehen, eine Erscheinung, die allgemein bekannt ist und häufig nach kaltem Hochdruckwetter den Beginn einer Tauwetterperiode einleitet. So haben in den letzten Wochen die Niederschläge in den nördlichen östlichen Teilen Mitteleuropas denn auch mehrfach mit Schnee begonnen, wogegen sie weiter westlich sofort in Regenform eingeleitet hatten. Dieser erste, eine sich nähernde Zykline begleitende Niederschlag, wird Kurzregen genannt, weil er den Kurs des Tiefdruckwirbels begleitet. Er bildet gewöhnlich einen langgestreckten, aber nicht allzu breiten Streifen; nach seinem Vorübergang klärt sich der Himmel manchmal für kurze Zeit auf, und die Erwärmung setzt sich aus der höheren Luftschichten bis zum Boden fort, weil nunmehr durch die Vermischung der beiden Luftschichten die Erwärmung bis zum Boden fortgeschritten ist, und weil der starke atmosphärische Weststrom die träge Kaltluftschicht völlig beseitigt hat.

Nicht so schematisch ist der Vorgang bei langen anhaltenden Tauwetterperioden von der Art, wie wir sie augenblicklich haben. Zurzeit folgt in ununterbrochener Reihe eine Zykline der anderen, so daß die höheren atmosphärischen Schichten auf weite Gebiete hin aus warmer und feuchter Seeeluft bestehen. In solchen Fällen kommt es nur selten zu vorübergehender Aufhellung, weil die rasche Aufeinanderfolge der Tiefdruckwirbel nicht den Einbruch kälterer, trockener Polarluft von der Rückseite eines abziehenden Wirbels ermöglicht. Der sofort wieder einsetzende Weststrom der neuen Zykline riegelt vielmehr die trockene Kaltluft von unserem Gebiet ab, und der Regen beginnt immer wieder rasch von neuem. Dabei sind im allgemeinen die Niederschläge ihrer Menge nach keineswegs besonders ergiebig; sie erscheinen nur wegen ihrer langen Dauer beträchtlich, und sie sind sogar in der Mehrzahl der Fälle ihrer Menge nach ganz gering. Tagesmengen von 3 bis 5 Millimetern waren in dieser Woche z. B. an vielen Orten das Ergebnis fast ununterbrochener Regens.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse in der warmen Jahreszeit. Statt kalter Luft liegen dann über dem Festland warme Luftmassen, die demgemäß nicht träge und unbeweglich sind, sondern sich unter der Wirkung der Sonneneinstrahlung auslockern und emporgewirbelt werden, wobei in größerer Höhe eine Wolkenbildung erfolgt, die von der des Winters völlig verschieden ist. Statt der einformig grauen, überdies sehr niedrig liegenden Schicht von meist nur dreihundert bis fünfhundert Meter Höhe über dem Erdboden bilden sich dann in weit mehr als 1000 Meter Höhe jene mächtigen, von der Sonne hell bestrahlten Haufenwolken, die das charakteristische Anzeichen schönen Sommerwetters sind und die gegen Abend, wenn die starke Erwärmung der Luft durch die Sonne nachläßt, wieder ebenso rasch verschwinden, wie sie morgens entstanden sind. Man begreift leicht, daß bei solchen Witterungsverhältnissen durch die Annäherung feuchter Seeeluft eine Regenbildung nicht erfolgt, weil diese Luft so nicht auf eine kältere Bodenschicht aufsteigt wie im Winter. Sowohl Bodenschicht wie höhere Schicht sind dann warm, und es muß erst eine kalte Luftschicht hinzukommen, um Niederschlag hervorzurufen. Das ist in der warmen Jahreszeit stets erst dann der Fall, wenn die Rinne, das tiefste Gebiet einer Zykline, über uns hinweggegangen ist und wenn wir in den Bereich der kalten Nordströmung auf der Rückseite des Wirbels gelangen. Infolgedessen beginnen im Sommer die Regensfälle immer erst nach dem Vorübergang eines Minimums, also beim Wiederanstieg des Barometers, während im Winter der Regen schon einsetzt, solange der Luftdruck noch abnimmt.

Der Unterschied zwischen Sommer- und Winterregen ist also sehr erheblich. Im Sommer ist in der Regel die ganze Vorderseite einer Zykline niederschlagsfrei; sie bringt heiteres und warmes Schönwetter. Im Winter regnet es dagegen vorwiegend auf der Vorderseite der Wirbel, wogegen es sich auf ihrer Rückseite stets bald ausklärt, weil hier kalte und trockene Polarluft einströmt. Rückseitenschauer sind demgemäß im Winter seltener und rascher vorüber als im Sommer, wenn die auch dann stets relativ kalte Aufsteigsluft aus nordwestlicher bis nördlicher Richtung so lange Regen von landregenartigem Charakter oder Schauer auslöst, wie die von der Kalt-

luft vom Boden abgehobene dampfreiche Warmluft in der Höhe ihre Feuchtigkeit noch nicht völlig in Form von Niederschlägen abgegeben hat. Wenn also in diesen Winterwochen ein Regentag dem anderen folgt, so rührt das daher, daß die feuchten ozeanischen Luftschichten ständig über unseren Erdteil hinstreichen und hier ihre Feuchtigkeit abgeben. Dieser dauernde Winterregen mag noch so unangenehm empfunden werden; aber er hat auch sein Gutes: er füllt dem Festland einen Vorrat von Feuchtigkeit zu, der im Boden aufgespeichert wird und eine unschätzbare Reserve für das bei uns oft recht trockene Frühjahr bildet, in dem die Vegetation, Feld und Wald zu ihrem Wachstum bedeutender Feuchtigkeitsmengen bedürfen.

Neues über die Geschlechtsumwandlung bei Tieren. Die Tatsache, daß sich männliche Tiere, wenn sie ein gewisses höheres Alter erreicht haben, in Weibchen umwandeln, ist schon früher von verschiedenen Forschern beobachtet worden. Nach den Mitteilungen Kammers in der „Natur“ kommen solche Geschlechtsumwandlungen z. B. beim Seefernen *Asterina gibbosa* vor, ferner bei Krebben, die eine parasitische Lebensweise führen, sowie bei den zu der Gattung der *Crepidula* gehörenden Schnecken, bei denen die Umwandlung in der Weise vor sich geht, daß zuerst die inneren und äußeren Geschlechtsmerkmale zurückgebildet werden, während sich gleichzeitig der Körper vergrößert und die Gestalt des weiblichen Tieres annimmt. Bei diesen Schnecken, die, an Austernschalen festhängend, leben, läßt sich noch die besonders merkwürdige Erscheinung wahrnehmen, daß sich an die an den Schalen sitzenden Schnecken nimmere andere Individuen der gleichen Art anheften, so daß ganze Ketten von Schnecken entstehen, von denen ein Teil in der Umwandlung begriffen ist, der andere Teil aber befruchtet werden kann.

Viel seltener beobachtet wurde dagegen die Umwandlung von Weibchen in männliche Tiere. Bisher kannte man diese Erscheinung nur von einigen lebendgebärenden Zahnkarpfen. In letzter Zeit ist es nun aber Professor Harms gelungen, solche Geschlechts-umwandlungen auch bei dem Schwertfisch *Hippoharbus helleri* festzustellen. Bei diesen Fischen fällt vor allem die Tatsache auf, daß unter den Jungfischen auf zwei Weibchen ein Männchen kommt, nach der Geschlechtsreife jedoch auf ein Weibchen drei Männchen entfallen. Daraus hat man gefolgert, daß sich mit dem zunehmenden Alter der Fische die Zahl der Weibchen verringert, während sich die der Männchen erhöht, wobei sich aber die Gesamtzahl der Tiere durchaus nicht ändert. Man mußte also annehmen, daß sich viele Weibchen in Männchen verwandelten, und die Beobachtung hat nun diese Annahme tatsächlich bestätigt. Sobald solche Weibchen älter geworden und ihre Eierstöcke erodiert sind, beginnen sich alsbald äußere Geschlechtsmerkmale zu entwickeln, indem sich beispielsweise die Schwanzflosse zum Schwertorost umbildet und die Körperfarben kräftiger werden. Nach drei bis vier Monaten haben sich die Weibchen dann vollständig in Männchen verwandelt.

Arbeitsleistung des menschlichen Herzens. Der Londoner Physiologe Prof. Hill hat neue Studien über die Arbeitsleistung des menschlichen Herzens angestellt. Er gelangte zu dem Ergebnis, daß das Maximum an Kraft, das das Herz hergeben kann, den 80. Teil einer Pferdestärke beträgt. Trotzdem ist infolge seiner unaufhörlichen Tätigkeit die Gesamtarbeitsleistung im Laufe von zwei Jahren die gleiche, die erforderlich wäre, um eine Last von 1000 Kilogramm bis auf die Höhe des Meereses zu heben.

Die Messung der Meereszeiten. Die Kenntnis von den Formen und Arten des Meeresbodens kann nur durch umfassende Lotungen erreicht werden. Dieses große Unternehmen wird erst jetzt in Angriff genommen. Durch die Verwendung des „Echolotes“, das die Messungen außerordentlich vereinfacht, können die ozeanographischen Expeditionen sehr viel mehr Tiefenbestimmungen ausführen als früher. Mit dem Drahtlot war es schon eine große Leistung, wenn während der ganzen Dauer einer Expedition 200 bis 300 Tiefenmessungen vorgenommen wurden. Dagegen hat das amerikanische Kriegsschiff „Steward“ auf seiner 1922 durchgeführten Weltreise während seiner Fahrt mindestens jede Stunde eine Lotung ausgeführt. Zur Vermessung eines etwa 100 000 Quadratkilometer großen Meeresgebietes westlich von San Franzisko wurden in 38 Tagen gegen 5000 Echolotungen in Tiefen von 200 bis 3600 Metern gewonnen. Die deutsche ozeanographische Expedition des „Meteor“ lotet ebenfalls während der Fahrt mit akustischen Lotungsapparaten, und zwar erfolgt meist innerhalb von 20 Minuten eine Lotung. Daraus kann man schon erkennen welche Fortschritte unsere Kenntnis von der Gestalt des Meeresbodens jetzt aufzuweisen hat. Die Zahl der überhaupt bisher im Meer ausgeführten Drahtlotungen ist von dem holländischen Gelehrten Henric Renquist kürzlich berechnet worden und wird danach in den „Naturwissenschaften“ mitgeteilt. Bis 1914 sind insgesamt nicht mehr als 15 000 Lotungen in Tiefen von mehr als 1000 Metern im Weltmeer ausgeführt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in solchen Meeresgebieten, durch die Kabel hindurchzuführen, verhältnismäßig viele Lotungen vorgenommen wurden, während andere tiefere Flächen ganz vernachlässigt waren. So gibt es im Stillen Ozean Gebiete von der Größe Europas, in denen die Meeresfläche noch nicht ein einziges Mal gemessen worden ist. Bei den Teilen des Weltmeeres, die über 4000 Meter tief sind und die etwa zwei Fünftel der gesamten Erdoberfläche ausmachen, kommt durchschnittlich eine Tiefenmessung auf eine Fläche von der Größe der Schweiz. Wir stehen daher noch am Anfang der Erforschung der Meereszeiten, dürfen aber erwarten, daß unsere Kenntnis in der allernächsten Zeit sehr bereichert werden wird.

